Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Wir sind die Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft I–II/2018 • #1064

Dauerlager

Bis zu hundert Jahre könnte strahlender Atommüll in Transportbehältern gelagert werden müssen. In Zwischenlagern, die aktuellen Sicherheitsanforderungen nicht genügen.

Dauerthema

Im Zuge der weltweiten Klimaverhandlungen will eine starke Lobby wieder einmal die Renaissance der Atomkraft einläuten. Das Bündnis *Don't nuke the climate* stemmt sich dagegen.

Dauerbrenner

Das Hamburger Literaturfestival *Lesen ohne Atomstrom* hat die Greenwashing-Kampagne von Vattefall zu Fall gebracht. Ein Interview mit den Gründern der etwas anderen Bürgerinitiative.

Grußwort

Straßenpflaster erdet

In den Tagen des Weltklimagipfels in Bonn sind unseren unermüdlichen Investigativ-Reportern im launigen Rheinland interessante Thesen zu Ohren gekommen.

So schließt sich die BI der Meinung eines Passanten an, dass ein nuklearer Erstschlag der Amerikaner auf Nordkorea zu einer bewussteren Wahrnehmung der Gefahren von Atomkraft führen wird. Der Passant unterstrich dabei, dass der verrückte Trump da mal ruhig einfallen solle. Dann erst würden die Menschen verstehen, welche katastrophalen Folgen die Atomkraft hat.
Wir unterstützen auch die Meinung, dass wir mit dem Thema Atomkraft schon längst durch wären, wenn die BI nur die Filter in Merkels Kopf durchdrungen hätte. Leider sind wir daran bis heute gescheitert!
Wir teilen zudem die Einschätzung, dass alle Atomkraftwerke sofort wieder angefahren werden sollten. Die dadurch sofort steigende Müllmenge wird dazu führen, dass die Bürger/-innen der BRD das ausweglose Ausmaß der Atommüllmenge erkennen und dadurch das Bewusstsein erlangen, dass die Atomkraftnutzung falsch ist. Zudem müsste viel mehr Atommüll in Gorleben stehen, da dadurch der Druck auf die Öffentlichkeit, ausgehend vom Wendland, maßgeblich erhöht werden würde.
Die BI teilt die These, dass CO_2 die Menschen umbringen wird. Atomkraft nicht! Woher solle man auch den Strom nehmen, wenn Kohle und Atom abgeschaltet sind? Die BI beteiligt sich daher an der Kampagne des Passanten, „dass Ihr die Atomkraft noch vermissen werdet!"
Und schließlich unterstützt die BI einen Geologen, der die CO_2-Emmissionen nur teilweise den Menschen zuschreibt. Entgegen der Panik vom menschengemachten CO_2-Ausstoß, sei der natürliche Ausstoß nicht zu unterschätzen! Es werde schließlich auch aus der Natur heraus CO_2 emmetiert, zum Beispiel aus Vulkanen. Daher fordern wir proaktiv: Verbot aller Vulkane und deren Ausbrüche!

Ein gutes neues Jahr 2018…

Foto Cover: GNS; Fotos S. 2 und 3: PubliXvie vinG Don't nuke the climate

Mit einem Castortransport neigt sich das immer noch nukleare Jahr 2018 zuende. Ja, Sie haben richtig gelesen: Noch schnell vor Weihnachten brachte der Staats-Atomkonzern EnBW den bereits fünften und vorerst letzten Transport auf dem Neckar von Obrigheim nach Neckarwestheim, nachdem Hochwasser die risikofreudige Verschiffung von 69 hochradioaktiven plutoniumhaltigen Brennelementen durch dichtbesiedetes Gebiet für Wochen verhindert hatte. Derweil veröffentlichte das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit ein buntes Mitmachheft in welchem nach dem Prinzip „Ene mene muh…“ ein Endlager in Deutschland gesucht werden soll (allen Ernstes!) Sehen Sie es mir nach, dass mein Kopf gleich „… und wie alt bist du?“ assoziierte und über die über 40 Jahre Gorleben nachsann: schon älter, als das Zwischenlager und die Lagerbehälter überhaupt genehmigt sind. Auf den Klimakonferenzen tauchten jetzt neuerdings vermehrt Fake-Umweltinitiativen aus dem „anglophonen“ Raum und Lobbyisten der IAEO auf, die Schwellenländern weismachen wollen, „saubere Kohle und Atom“ seien „ethisch“ gebotene Alternativen. Dank internationalen Aktivist/-innen aus den verseuchten Uranabbauregionen und den betroffenen Gebieten, sowie der breiten Koalition „Don’t nuke the climate“, die von Günter Hermeyer von der Bürgerinitiative seit Beginn des Jahres koordiniert wurde, gelang es vor Ort, an den Pavillions der Atomlobby dringend gebotene Gegeninformation und kritische Öffentlichkeit zu erzeugen.

Martin Donat, Vorsitzender der BI Lüchow-Dannenberg

Auch auf Veranstaltungen zur Endlagersuche erscheinen neuerdings gerne die „Nuklearier“, in die Jahre gekommene Ingenieure der Atomindustrie, denen es noch nicht reicht, die Überreste ihrer einst so einträglichen Hybris-Spiele der gesamten Gesellschaft und allen zukünftigen Generationen aufzulasten, sondern die nun auch um ihr Lebenswerrk bangen und mittels kruden Phantasien von Partitionierung und Transmutation versuchen, den Zugriff auf das Wirtschaftsgut Atommüll zu wieder zu erlangen. Die Reaktorgeneration IV lässt grüßen.

Was tun wir dagegen? Alles und noch viel mehr. Die Gorleben Rundschau in frischem neuen Layout; in neuem Papier für sattere Farben und dennoch alles Umweltschutzpapier und Umweltdruckerei (ja, das geht!); neu und regelmäßig im Feuilleton: die Vorstellung von Literatur zu unsren Themen und die Besprechung eines Protestsongs (zum Nachsingen natürlich!); (fast) immer das Büro geöffnet, und natürlich sehen wir uns: schon beim Neujahrsempfang oder auch sonst bei zahlreichen nachhaltigen Outdoor-Aktivitäten. Machen Sie doch auch mal eine!

Impressum

40. Jahrgang
Ausgabe 1064
Januar, Februar, März 2018

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.

Kontakt
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841 - 4684

Mail und Internet
service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben
Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V. i. S. d. P.)
Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)
Adresse wie vorstehend

Redaktion
Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Axel Kahrs (ak), Torben Klages (tk) Jörg Knaak (jk), Nora Krohn (nk)

Produktion
Layout: Andreas Conradt
Korrektorat: Helga Wallat

Druck, Papier, Farben
dieUmweltdruckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Silk Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO

klimaneutral gedruckt

Weitere Text- und Bildrechte
wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication
Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter:
redaktion@gorleben-rundschau.de

Birgit Huneke

www.Gorleben-Archiv.de

Unsere Geschichte

Aussagen kritischer Wissenschaftler zum Thema Gorleben wurden in den zahlreichen Anhörungen grundsätzlich als unqualifiziert abgetan. Dabei schreckte man vor Verunglimpfung unliebsamer Professoren nicht zurück. So erging es auch dem Geologen Prof. Klaus Duphorn vor vielen Jahren. Nach der Standortbenennung Gorlebens wurde er von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) beauftragt, ein Gutachten zur Erkundung der hydrogeologischen Verhältnisse und der Geologie der Deckschichten über dem Salzstock zu erstellen. Doch seine Beurteilung fand bei den Betreibern keinen Anklang. Seine Expertise mündete in zehn Thesen, die alle mit den Worten begannen: „Wir können nicht für einen Salzstock plädieren …“ Sie gipfelten in dem Abschlusssatz: „…können wir nur einen Ratschlag geben: Erkundung anderer Lagerstätten.“ Duphorn kam zu der Erkenntnis , der Salzstock sei für radioaktive Abfälle völlig ungeeignet. Dies entwickelte sich zu einer ernsthaften Gefahr für seine wissenschaftliche Reputation. Die PTB und das Bundesministerium für Forschung und Technologie werteten die Ergebnisse als bloße Behauptungen, es wurden Zweifel an Duphorns Qualifikation geäußert. Der Wissenschaftler hätte darüber hinaus seine Befugnisse überschritten. Sein Auftrag wurde nicht verlängert. Man schickte ihn in die Eiswüste der Antarktis. 2010 sagte Duphorn im Gorleben-Untersuchungsausschuss aus und äußerte die Zweifel an der geologischen Eignung des Salzstocks von Gorleben als Endlager für Atommüll erneut. (bh)

Recht I

Klage gegen AKW Gundremmingen

Anfang Dezember hat Greenpeace beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München eine Klage auf Entzug der Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Gundremmingen eingereicht. Das AKW sei unzureichend gegen terroristische Angriffe geschützt. Der Betonmantel beider Reaktoren sei zu dünn, um gegen den Absturz größerer Verkehrsmaschinen geschützt zu sein. Auch das Lagerbecken für genutzte Brennstäbe weise Sicherheitsmängel auf und würde im Falle eines Flugzeugabsturzes große Mengen Radioaktivität freisetzen. Das österreichische Umweltbundesamt kritisiert in einer Studie, dass die außerhalb des Sicherheitsbehälters liegenden Abklingbecken in Gundremmingen ein besonderes Risiko darstellten. Trete Wasser aus dem Becken aus, so dass die Brennelemente trocken fielen, könne ein Vielfaches der Radioaktivität der Atomkatastrophe von Tschernobyl freigesetzt werden. „Gundremmingen stellt ein massives Sicherheitsrisiko dar“, sagt Heinz Smital, Kernphysiker und Atomexperte von Greenpeace. „Das AKW muss sofort vom Netz, denn es gefährdet hunderttausende Menschen.“ (pm)

Recht II

Akten freigegeben

Der ehemalige niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) hat ältere Akten des Ministeriums zum Bergwerk Gorleben und zur Schachtanlage Asse dem Niedersächsischen Landesarchiv ausgehändigt. Durch die Archivierung werden die Unterlagen für Dritte zugänglich gemacht.

„Wir wollen für Transparenz sorgen. Die interessierte Öffentlichkeit und die Wissenschaft sollen sich selbst ein Bild machen können“, sagte Wenzel nach der Übergabe im Oktober. „[Damit] lassen sich Prozesse nachvollziehen, die zu den jeweiligen politischen Entscheidungen beim Bergwerk Gorleben und der Asse geführt haben.“ Mittlerweile wurden alle Gorleben-Akten des Umweltministeriums, die zwischenzeitlich dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss überstellt waren, dem Staatsarchiv überlassen. Das betraf Akten bis zum Jahr 1996. Derzeit wird noch geprüft, welche Akten jüngeren Datums ebenfalls schon dem Staatsarchiv überstellt werden können. Wenzel fordert zudem, dass auch andere Behörden ihre diesbezüglichen Aktenbestände prüfen und Transparenz ermöglichen. (pm)

Der österreichische Umweltminister Rupprechter traf bei der Klimakonferenz auch Vertreter von Anti-Atom-NGOs. „Wir werden unseren Ratsvorsitz 2018 dazu nutzen, gegen Atomenergie zu kämpfen.” Atomenergie sei keine nachhaltige Energieform, hinterlasse der nächsten Generation atomaren Abfall.

Fotos: Tjimen Schuil, Felix König, URENCO, PubliXviewinG

Recht III

Deutsche Einwendungen auch in der Schweiz möglich

Im Rahmen der in der Schweiz stattfindenden Suche nach einem Endlagerstandort kann auch die deutsche Öffentlichkeit zu den möglichen Standortgebieten Stellung nehmen. Bürger/-innen haben noch bis zum 9. März die Möglichkeit, sich an dem öffentlichen Anhörungsverfahren zu den bisherigen Ergebnissen zu beteiligen. Die Einwendungen finden Berücksichtigung bei der Entscheidung des Schweizer Bundesrats über die Standorte der künftigen Tiefenlager. Auch die Bundesrepublik Deutschland, einzelne Bundesländer und Gemeinden können Einwendungen einreichen. Die wesentlichen Unterlagen liegen in Deutschland in den Bibliotheken des Bundesumweltministeriums in Berlin und Bonn aus. Sie können zudem in den Landratsämtern der Landkreise eingesehen werden, die unmittelbar an die möglichen Standortgebiete angrenzen, nämlich Waldshut, Schwarzwald-Baar-Kreis und Konstanz, sowie im zuständigen Amt in der Stadt Blumberg. In der Schweiz wird seit 2008 nach jeweils einem Endlager für schwach- und mittelradioaktive sowie für hochradioaktive Abfälle gesucht. Derzeit gibt es sechs mögliche Standorte für ein Tiefenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle: Jura-Südfuss, Südranden, Wellenberg, Jura Ost, Nördlich Lägern und Zürich Nordost. Die drei letztgenannten Standorte kommen auch für eine Einlagerung hochradioaktiver Abfälle infrage. (pm)

Gaszentrifugenkaskade in der Urananreicherungsanlage in Gronau

Recht IV

Stilllegung machbar

Das Bundesumweltministerium (BMUB) hat in zwei Gutachten von Fachjuristen prüfen lassen, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen eine Stilllegung von Atomfabriken durch den Gesetzgeber möglich wäre. Die Urananreicherungsanlage im nordrhein-westfälischen Gronau und die Brennelementefabrik im niedersächsischen Lingen versorgen Atomkraftwerke in aller Welt – darunter auch die hochumstrittenen Pannenreaktoren wie die in Cattenom (Frankreich) oder in Tihange und Doel (Belgien). Die aktuellen Gutachten kommen zu dem Ergebnis, dass eine Stilllegung „mit hoher Wahrscheinlichkeit" möglich wäre – im Einklang mit dem Verfassungsrecht, mit dem Völkerrecht und mit dem Europarecht. Darüber hinaus, sei in Gronau „eine entschädigungslose Beendigung der Urananreicherung" sogar mit internationalen Verträgen vereinbar, „soweit sie ein Risiko für Menschen und Umwelt darstellt". Für den Fall, dass infolge einer Stilllegung ein Schiedsgericht angerufen wird und dieses den Vertrag über die Energiecharta anwendet, sei damit zu rechnen, dass sie für rechtmäßig erachtet wird, wenn Übergangsregelungen oder eine Entschädigungszahlung als Ausgleich für verlorene Investitionen und entgangene Gewinne vorgesehen wären. Mit den Gutachten kam das BMUB einer Bitte der Konferenz der Landesumweltminister nach. (pm)

Torben Klages

BI-Büro

Aktion und Politik

Die Aktion „Thesenanschlag zu Hannover" eröffnete die politischen Aktivitäten zum Jahresende. Am Reformationstag versammelten sich niedersächsische Anti-Atom-Initiativen in Hannover, um mit Forderungen noch einmal Druck auf die anstehenden Koalitionsverhandlungen auszuüben. Die symbolträchtige Aktion wurden mit der Ankündigung verbunden, dass man beim neuen Umweltminister Lies mit der Tür ins Haus fallen werde, sollte man seitens der Politik untätig bleiben. Der November stand dann ganz im Zeichen der Weltklimakonferenz in Bonn. Im Bündnis „Don´t nuke the climate" trat die BI mit internationalen Partner/-innen in Erscheinung, um gegen die Atomkraft als klimaschonende Energieform aufzuklären. Äußerst erfolgreich verliefen die Großdemonstrationen und die Aktion „Ende Gelände". Zur Demo am 11.11 reiste sogar ein Bus aus dem Wendland an. Während die Vorstandsmitglieder in längeren Sitzungen über den Fortgang der Zwischenlagerung debattierten und Positionen entwickelten, beendete das Infostand-Team ihre Jahresaktivitäten mit einem Stand auf dem Weihnachtsmarkt in Gartow, wo gebrannte Mandeln und beliebte Widerstandsartikel erworben werden konnten. Auch an den Feiertagen blieb der Widerstand im Wendland aktiv. Der so genannte Sonntagsspaziergang umrundete am 24. und 31. Dezember das Bergwerk in Gorleben und traditionell obliegt die erste Versammlung des neuen Jahres der BI. Der Neujahrsempfang eröffnet regelmäßig den Protest für das kommende Jahr und erfreut sich bei den Menschen in der Region nach wie vor großer Beliebtheit. (tk)

Bodo

Nachgetreten

Karneval in Gorleben

Wie's sich anhört, ist wohl Niemand an 'nem Schweigegelübde interessiert. Auch gut, weil's voll auf die Laune geht und diese, samt menschlicher Lebensgrundlage, rasant bergab steuert. Dem Punk und mir ist das zwar nicht egal, doch ... na, egal. Ist ja nicht seine und nicht meine Erde. Da kommt Stimmung auf.

Die Närrische Zeit beziehungsweise die Zeit der Narren scheint Dauerzustand zu sein. Aber: Sind „wir" so viel anders närrisch als besagte Zeit oder die „Anderen"? Dazu fällt 'ne Situation von vor Jahren ein:

Der wendländische Widerstand blockiert – mal wieder. Wir stehen nahe der Gorlebener Kreuzung, dicht dem Atommafia-Info-Dingsbums.

Ein Gerücht geht um: Unter den Kradmeldern soll ein Pozilei-Spitzel sein. Der erstbeste Kradmelder muss als Opfer dienen und wird vom Blockierermop blockiert (wat sonst?) und eingekesselt. Kessel? Kommt bekannt vor. Diensteifrig wird „Absteigen" befohlen. Ohne zu wissen, wer er wirklich ist, wird er sofort als überführter Spitzel behandelt. Sein Starterschlüssel wird wie selbstverständlich kassiert, als wär's unser Eigentum. Das man sämtliche Papiere sehen will, lässt darauf schließen, dass wir pozileiliche Arbeit können. Je mutiger sich die Meute gibt, desto mehr schrumpft der angereiste Kradmelder ängstlich zusammen. Toll, so soll's ja auch sein, oder?Letztendlich ein Fehlalarm, wie das Handeln der Meute selbst Fehler war.

Und 'ne Entschuldigung beim Opfer? Ach nee, wo kämen wir denn hin? Man lässt sich doch nicht zu Narren machen.

Das macht man schon ganz von selbst.(bodo)

Forschung

Salzstöcke als Batterien?

Der Energieanbieter EWE und Forscher der Uni Jena sind dem Ziel einer Strom-Speicherung in Salzstöcken einen Schritt näher gekommen. Versuche belegen, dass die riesigen unterirdischen Hohlräume mit Hilfe eines Gemisches aus Salzwasser und elektrisch aufgeladenen Kunststoffteilchen als große Batterie genutzt werden können. In sechs Jahren soll die erste derartige Anlage in Betrieb gehen. „Es besteht damit die Möglichkeit, etwas Revolutionäres zu machen, und Deutschland wieder zu einem Batterie-Land zu machen", sagte der Jenaer Chemiker Ulrich Schubert am Mittwoch in Berlin.

EWE will mit der Technik überschüssigen Windstrom speichern und so die Energiewende in Deutschland voranbringen. Das Speichern ist notwendig, weil Solar- und Windstrom anders als Kohle- oder Atomstrom nur bei passendem Wetter in großer Menge entsteht – aber noch nicht ausreichend für Zeiten mit wenig Erzeugung zwischengespeichert werden kann. (dpa)

16 Zeilen hat das Kapitel *Kernenergie und Endlagerung atomarer Abfälle* im Koalitionsvertrag der niedersächsischen GroKo. Der Umgang mit Wölfen beansprucht 35 Zeilen. „So viel zur Gewichtung", merkt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg an.

Ehrung

Award für Hanna Poddig

Im November hat die Stiftung ethecon mit dem Blue Planet Award 2017 die Umwelt- und Friedensaktivistin Hanna Poddig geehrt. „Hanna Poddig handelt mutig, konsequent, unbestechlich und integer. Sie leistet zivilen Widerstand, setzt sich in Gegensatz zu herrschenden Normen und Gesetzen und nimmt im Extrem Strafen und Nachteile für Leib und Leben beziehungsweise die eigene Existenz auf sich. Sie zeigt das, was gemeinhin soziale Verantwortung und Zivilcourage genannt wird", heißt es in einer Pressemitteilung. Die Laudatio wurde gehalten von Kerstin Rudek von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Mit dem Internationalen ethecon Blue Planet Award werden seit 2006 Menschen geehrt, die in herausragender Weise menschliche Ethik im Spannungsfeld Ethik und Ökonomie schützen und verteidigen und sich derart für den Erhalt und die Rettung unseres Blauen Planeten einsetzen. (pm)

Jubiläum

350. Mahnwache

So ist das bei einem 40-jährigen Widerstand, irgendwann gibt es ein Jubiläum nach dem anderen. So geht es erst recht dem Gorlebener Gebet, dem Sonntagsspaziergang rund um die Atomanlagen und der Fukushima-Mahnwache, die jeden Montag um 18 Uhr auf dem Dannenberger Marktplatz zusammenkommt: am 27. November war das zum 350. Mal der Fall. „Das sind die sichtbaren Zeichen dafür, dass sich Gorleben noch lange nicht erledigt hat", kommentiert die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. „Und es sind die Markenzeichen des sprichwörtlich langen Atems der Protestszene im Wendland. (we)

Fotos: Pay Numrich, PublixviewinG

Das Auswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle hat begonnen

Endlagersuche

Ermittlung von Ausschlussregionen hat begonnen

Die Landesbehörden haben der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) auf die erste Datenabfrage im Standortauswahlverfahren für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle geantwortet. „Mit den vorliegenden und konstruktiven Antworten beginnt jetzt die schwierige Aufgabe der Auswertung und Anwendung der Daten“, sagte BGE-Geschäftsführerin Ursula Heinen-Esser.
Prompt reagierte die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). Die Umweltinitiative forderte von der BGE größtmögliche Transparenz von Anbeginn: „Die Auswahl der Daten bleibt bekanntlich den Landesbehörden überlassen, so können auch Daten zurückhalten oder entsprechend aufbereitet werden, um den Kelch bei der Endlagersuche an ihrem jeweiligen Bundesland vorbeigehen zu lassen.“ Die BGE – Geschäftsführerin Heinen-Esser selbst äußerte sich besorgt dazu: „Wir sind allerdings etwas besorgt, dass viele Daten nur analog, also in Papierform, vorliegen.“ Denn das könne zu zeitlichen Verzögerungen führen, befürchtet die BGE-Geschäftsführerin. Gleiches gelte für die zum Teil unterschiedlichen Qualitäten der Datenlieferungen. Zu fragen sei auch, so die BI, wie die Vergleichbarkeit der Daten hergestellt werden könne, die in unterschiedlichen Jahrzehnten erhoben wurden, in Ost und West und gar mit unterschiedlichen Methoden und Fragestellungen. Die Umweltinitiative monierte, dass völlig unklar sei, ob der Zugriff auf die Daten privatrn Firmen überhaupt gewährleistet ist.
Die BI wandte sich zudem mit der Frage an die BGE, ob ein Einbruchsee über einem Salzstock, was bei dem Salzstock Gorleben-Rambow mit dem Rudower See der Fall ist, nun endlich als Ausschlusskriterium anerkannt und angewendet werde: „Vor der Wende endeten die geologischen Karten immer an der Elbe als Grenze zur DDR, wohlwissend, dass der Salzstock auf der DDR-Seite weiterverläuft.“ (we)

In eigener Sache

GR in neuem Gewand

Seit dieser Ausgabe erscheint die Gorleben Rundschau (GR) mit überarbeitetem Layout und auf einem neuen Papier, das Farben satter darstellen kann. „Bei der Auswahl war uns wichtig”, so Redakteur Andreas Conradt, „dass die Anmutung verbessert, der Umweltschutz aber nicht verschlechtert wird.” Auch nach der Umstellung kommt zertifiziertes Umweltschutzpapier zum Einsatz. Neu ist auch, dass die GR künftig regelmäßig ein Feuilleton bieten und zudem ausgewählte Artikel mit einer so genannten Creative-Commons-Lizenz für den kostenfreien Nachdruck freigeben wird. Angaben dazu können dem Impressum entnommen werden. (gr)

Jörg Knaak

Wandel im Wendland

Solidarische Landwirtschaft

Gilt diese ewige Leitlinie des Lebens im Wendland noch? Nein! Vorrangig ist nicht gesundes Essen und auch nicht die Gesundheit der Erde; viele Aspekte sind eher ungesund. Der Mensch wirtschaftet runter, er ist Reduzent in der Ökologie. Als Produzent im ökonomischen Sinne machen wir Pflanzen und Tiere schlechter, als sie von Natur aus sind: verlieren Inhalte, verändern Eigenschaften, schaffen Massen, technisieren sie, opfern die Klasse – aus monetären Gründen – und mit Wucht dreht die Produktion die Erde zur Scheibe ab. Die Insekten steigen aus. Zivilisationsprozesse sind ursächlich für das 6. große Artensterben rund um die Fleischfabrik Deutschland. Bioindikatoren für unsere Gesundheit sterben stumm. Korreliert man deren Gesundheit mit unserer, erschrickt man: Immunschwäche ... trifft uns auch! Die Gesellschaft weiß drum, aber isst, was fast nichts kostet, außer: die Gesundheit! Die SOLAWIS, Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften, bieten gesundes Essen. Saisonale Lebensmittel, die mit hohem Anspruch ortsnah kultiviert werden: gute alte Sorten, alte Tierrassen, gesunde Böden – ohne Kunstdung und Pestizide und im Einklang mit der Natur. Es ist ein gemeinsamer Zugang zum Boden, den man klug nutzt, Bestäuberinsekten bedient, samenfeste Sorten sichert, die mehr sind als sie scheinen: eine Kulturökologie ist die Zukunft von gesundem Essen. Es ist unser Zugang zu Pflanze, Tier und regionalen Resilienz. Werdet Partner der Vielfalt einer gemeinsamen Ernährungssouveränität. (jk)

Probleme und Gefahren bei der deutschen Zwischenlagerung

Analyse Viele Experten halten den Zeitplan für die Suche nach einem „Endlager" – Benennung eines Standorts bis 2031, Inbetriebnahme 2050 – für zu optimistisch. Die Frage wird demnach immer drängender: Welche Konsequenzen ergeben sich daraus, dass mit einer Endlagerung von insbesondere hochradioaktiven Abfällen ab dem Jahr 2050 nicht wirklich zu rechnen ist? Wenn rund 1900 Castorbehältern bis zu hundert Jahre aufbewahrt werden müssen, wenn also aus der Zwischenlagerung eine Dauerlagerung wird?
Mitarbeit: Asta von Oppen, Wolfgang Ehmke, Andreas Conradt

Eine neue Studie [1] des Bunds für Umwelt und Naturschutz will die drängenden Fragen bei der Lagerung von Atommüll bis zur Errichtung eines „Endlagers" beleuchten. Der BUND fordert darin die Überprüfung des deutschen Atommüllzwischenlager-Konzepts. Die Atomsicherheitsexpertin Oda Becker kommt in ihrer Studie zu dem Ergebnis, dass Sicherung und Sicherheit der Atommüllzwischenlager problematisch sind. Defizite sieht die Studienautorin unter anderem bei fehlenden Reparatur- und Inspektionsmöglichkeiten und bei dem unzureichenden Schutz gegen potenzielle Terroranschläge. Außerdem würden die Zwischenlager deutlich länger als geplant und bisher genehmigt in Betrieb bleiben müssen, weil mit der Einlagerung des Atommülls in ein tiefengeologisches Lager erst ab 2050 oder deutlich später begonnen werden könne. Dies bringe neue Risiken.

> **Die Zwischenlager werden deutlich länger als geplant und bisher genehmigt in Betrieb bleiben müssen**

Der BUND verlangt von den zuständigen Politikern in Bund und Ländern, diese Probleme endlich offen zu thematisieren. Dazu der Vorsitzende Hubert Weiger: „Es muss Schluss sein mit einer Politik des Durchwurschtelns. Angesichts der zunehmenden Sicherheitsrisiken brauchen wir einen breiten öffentlichen Diskurs unter Beteiligung der Menschen an den Zwischenlagerstandorten. Zu diskutieren ist, wie die Zwischenlagerung weitergehen soll, welche Nachrüstungen erforderlich sind und ob eventuell verbesserte Neubauten die alten Lager ersetzen müssen."

Hunderte Castoren

Behälter mit hoch radioaktivem Atommüll stehen in den zentralen Zwischenlagern in Gorleben, Ahaus und Lubmin. Daneben gibt es zwölf weitere Standortzwischenlager bei den Atomkraftwerken (AKWs) und das Behälterlager in Jülich. Trotz Nachrüstungen an einigen Zwischenlagergebäuden sei der Terrorschutz unzureichend. „Eine bewaffnete

Eine erhebliche Gefahr stellen auch die vielen Atommülltransporte dar: Castorbehälter im Dannenberger Bahnhof vor der Verladung auf LKW.

und entschlossene Terrorgruppe ist nach wie vor in der Lage, in die oberirdischen Zwischenlager einzudringen“, so Becker. Auch mit Blick auf die erwarteten, langen Lagerzeiträume müsse eine deutliche Verbesserung des Schutzes gegen Terrorangriffe erfolgen. Die Sicherheitsnachweise für die Castorbehälter in den Zwischenlagern sind nur für vierzig Jahre geführt worden. Bei einer verlängerten Zwischenlagerung könnten Alterungseffekte negative Auswirkungen auf die Sicherheit der Zwischenlager haben. „Sicherheitstechnisch relevant sind dabei Material- und Zustandsänderungen vor allem an der Primärdeckeldichtung, dem Tragkorb zur Aufnahme von Brennelementen, der Behälterinnenwand, dem Neutronenabsorber sowie dem Inventar“, so Becker. Hinsichtlich der fehlenden Erfahrungen mit Alterungseffekten bedürfe es umfangreicher Forschung und der Inspektion der Behälter. An allen Zwischenlagerstandorten fehlten nach Stilllegung der Atomkraftwerke Möglichkeiten zur Reparatur schadhafter Castorbehälter. Diese würden auch benötigt, um wegen der längeren Zwischenlagerungsdauer mindestens stichprobenweise den Zustand von Behälterinventaren und Behälterinnenkomponenten zu prüfen. Oda Becker: „Es sollten an allen langfristigen Zwischenlagerstandorten während der gesamten zu erwartenden Betriebszeit „Heiße Zellen“ vorhanden sein, in denen Reparaturen der Behälter sowie die Überprüfungen von Inventar und Einbauten im Behälterinnenraum möglich sind.“

Vor dem Hintergrund der vorliegenden Ergebnisse fordert der BUND vom Bundestag, die längst überfällige öffentliche Debatte über die Atommüllzwischenlagerung zu starten.

„Wer Vertrauen in ein neues Suchverfahren für ein Atommüll-‚Endlager‘ aufbauen will, der muss auch die derzeitigen Zwischenlagerprobleme offen diskutieren und unter Beteiligung der aktuell Betroffenen das Atommüllzwischenlagerkonzept überprüfen“, fordert der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

Als ersten wichtigen Schritt gelte es, die jetzt anstehenden Genehmigungsverfahren für die Aufnahme der Castorbehälter aus der Wiederaufarbeitung in vier Standortzwischenlager mit Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und breit angelegter Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Bei aller Zustimmung für das Problematisieren der verlängerten Zwischenlagerung, kommt Kritik an der BUND-Studie auch aus der Anti-Atom-Szene. Ein Kommentar von Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

Bislang kommen kritische Betrachtungen der Probleme, die sich aus einer Dauerzwischenlagerung ergeben, nicht von staatlicher Seite, sondern von einer Umweltorganisation, hier dem BUND [1], und der Zeitschrift „Strahlentelex" [2], die einen Beitrag des Reaktorexperten Dr. Rainer Moormann veröffentlichte.

Die Politik muss handeln

Wir erwarten aber auch von staatlicher Seite, dass die Politik diese Möglichkeit ernsthaft in Betracht zieht und umgehend eine kritische Bestandsaufnahme und einen abgestuften Maßnahmenplan für eine langfristige Zwischenlagerung erarbeitet.
Zuständig für die Atommüll-Zwischenlagerung ist seit dem 1. August nicht mehr die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), sondern der Bund. Dazu wurde eigens die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) gegründet. Doch von dort kommen nur bekannte Töne, denn die Belegschaft der GNS wurde zu hundert Prozent übernommen. Zwar ist mit dem Ex-Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Jochen Flasbarth, ein ehemaliger Umweltschützer zum Chef der BGZ ernannt worden. Flasbarth war zwischen 1994 und 2003 Präsident des Naturschutzbundes NABU, bevor er in das Bundesumweltministerium wechselte. Aber mit der neuen Aufsicht in Gorleben werde sich praktisch kaum etwas ändern, sagte Charl Liebich, Sprecher der BGZ, gegenüber dem NDR. Der Atommüll müsse weiter überwacht und gesichert werden.
Umso wichtiger ist es, dass wir auf flagrante Sicherheitsmängel hinweisen. Dazu hat der BUND nun eine ausführliche Stellungnahme vorgelegt. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) kann der Autorin des Gutachtens, Oda Becker, jedoch nicht in allen Punkten folgen. Richtig ist, dass sich aus einer Lagerung hochradioaktiver Abfälle über die bisher angenommenen vierzig Jahre hinaus in allen Zwischenlagern – den kraftwerksfernen wie denen in Ahaus, Gorleben und Greifswald/Lubmin und in den kraftwerksnahen – zwei Aspekte bedeutsam sind: die Alterung und ein Schutz gegen Einwirkung Dritter (gemeint sind zivile Unfälle wie ein Flugzeugabsturz und gezielte Terrorangriffe). Das sieht auch Moormann so.
Oda Becker betrachtet ausführlich den Forschungs- und Nachrüstungsbedarf. Und sie fordert vordringlich für Reparaturen „Heiße Zellen" am jeweiligen Dauerlagerstandort. Das greift unseres Erachtens zu kurz.
Zu unterscheiden wäre viel schärfer zwischen „Zwischenlagerung" (short term) und Dauerlagerung (long term). Angesichts der noch nicht gelösten Probleme bei der Endlagerung und des nicht absehbaren Termins für deren Beginn müssen wir davon ausgehen, dass eine Dauerlagerung des Atommülls notwendig ist. Die bisherigen Lagerstätten sind für eine so lange Zeitdauer aber nicht ausgelegt. Die entscheidende Frage ist, ob es möglich ist, sie entsprechend nachzurüsten – oder ob letztendlich neue Zwischenlager gebaut werden müssen.

Keine „Heißen Zellen"

Die Forderung der BUND-Stellungnahme, an den bestehenden Lagern „Heiße Zellen" für die Reparatur defekter Behälter einzurichten, ist deshalb auf den ersten Blick naheliegend. Rainer Moormann hält sie dagegen nicht für notwendig: Die Deckelsysteme und Dichtungen ließen sich auch im Reparaturbereich eines Lagers reparieren, solange nicht unterstellt wird, dass beide Deckeldichtungen zeitgleich versagen.
Wir wollen die Gefahr, dass Castorbehälter im normalen Zwischenlager-Betrieb in eine kritische Situation geraten könnten, nicht herunterspielen. Aber unserer Meinung nach ist sie im Vergleich zu der Frage, ob die bisherigen Zwischenlagerhallen Bestand haben oder nicht, als nachrangig zu betrachten. Denn die Sicherheitsfrage stellt sich sofort und ganz dringend, wenn in den Fokus die „Einwirkungen von außen" wie ein Flugzeugabsturz oder kriegerische sowie terroristische Attacken gerückt werden. Dazu muss man wissen, dass es trotz aller Versuche der kritischen Öffentlichkeit bisher nicht möglich war, eine Flugverbotszone für Zwischenlager durchzusetzen.
Vorrangig ist also die Frage, welches Zwischenlager-Konzept gegen Einwirkungen von außen die größtmögliche Sicherheit bietet.

> **Die Zwischenlager in Ahaus und Gorleben sind bauartbedingt besonders unsicher**

Andere Konzepte prüfen

In den USA sollen Atommüll-Behälter zum Schutz gegen Terrorangriffe nicht mehr oberirdisch gelagert werden. Der Forschungsverbund ENTRIA, eingerichtet vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, befasste sich auch mit diesen Modellen, vor allem mit dem niederländischen Konzept, das weitgehend „ausgereift" ist. Die ENTRIA-Arbeitsgruppe aus Braunschweig hat das niederländische Modell unter die Lupe genommen. [3] Diese im Vergleich zur deutschen Zwischenlagerung deutlich unterschiedlichen Sicherheits-Konzepte betrachtet die BUND-Stellungnahme unserer Meinung nach nicht ausreichend.
Bezüglich der Einwirkung Dritter verweist Oda Becker selbst auf das Brunsbüttel-Urteil und differenziert zwischen den Lagern in Nord- und Süddeutschland, die in der Tat große Unterschiede aufweisen:
Während die Standort-Zwischenlager in Norddeutschland nach dem so genannten STEAG-Konzept errichtet wurden, ähnelt das TBL-Gorleben den Anlagen, die im süddeutschen Raum nach dem so genannten WTI-Konzept gebaut wurden. Das STEAG-Konzept verfügt über die massivere Bauweise mit Wandstärken von etwa 1,20 Metern sowie einer Dachdecke mit einer Stärke von rund 1,30 Metern. Zum Vergleich: Der „Voll-

schutz“ gegen einen Flugzeugabsturz für Atomkraftwerke setzt, abhängig von der Betonfestigkeit, Wandstärken von 150 bis 180 Zentimeter voraus. Ganz anders in Ahaus und Gorleben. Die Wärmeabfuhr aus den Lagerhallen erfolgt ohne jede Filterung mittels Belüftungsöffnungen im unteren Teil der Wände und Entlüftungsöffnungen im Dachbereich. Die Außenwände sind nur einen halben Meter dick und verjüngen sich kubisch auf weniger als die Hälfte. Die Hallendecken in Ahaus und Gorleben weisen nach unseren Informationen sogar nur Stärken von 20 Zentimetern auf! In der Stellungnahme „Stresstest“ der Entsorgungskommission war übrigens angegeben, dass bei einer längeren Überschreitung der Schneelast Risse an den Dachbindern entstehen können, die zu Rost führen können. [4]
Deshalb heißt das TBL-Gorleben im Volksmund auch schlicht „Kartoffelscheune“. In unseren Augen ist es zweifelhaft, dass ein solcher Schlichtbau bautechnisch – etwa mit der geplanten zweiten Wand – so weit aufgerüstet werden kann, dass er die Castoren gegen Flugzeugabstürze oder Terrorangriffe schützt. Wir halten es für unumgänglich, dieses Lager außer Betrieb zu nehmen.

PKA ist veraltet

In Gorleben gibt es mit der Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) sogar die geforderte „Heiße Zelle“. Die Studie des BUND stellt aber nicht klar, dass diese PKA kein Modell für die geforderte heiße Zelle ist. Die Anlage ist völlig veraltet – leider verliert Oda Becker kein Wort darüber. Zu dieser Frage hat ihr Kollege Wolfgang Neumann eine umfassende Expertise verfasst. Die PKA ist nur auf dem Papier ein „Referenz“-Modell: Sie entspricht nicht dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik. Dies gilt in Bezug auf die elektronischen Systeme und die Pufferlagerkapazitäten. In Bezug auf Störfälle gilt dies auch für einige Sicherheitsnachweise wie Erdbeben, einen langanhaltender Stromausfall oder anlageninternen Brand oder den Absturz

Als heiße Zelle unbrauchbar: Die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben

> **Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist eine der wichtigsten Forderungen der Anti-Atom-Bewegung**

eines schnell fliegenden Militärflugzeugs. Außerdem ist die Anlage nicht gegen den Absturz eines Großraumflugzeugs oder gegen Terrorschläge ausgelegt.
Grundsätzlich ist die Dauerlagerung von Atommüll nicht abgetrennt von einer angeblich neuen „Endlager“-Suche zu betrachten. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass das nationale Entsorgungsprogramm ein Eingangslager für die Castorbehälter am mutmaßlichen Endlagerstandort favorisiert. Diese Ambiguität haben wir im Blick, denn der kann aus geologischer und politischer Sicht nicht Gorleben sein. Allen Versuchen, den Salzstock Gorleben weiter im Spiel zu belassen und die Such- und Sicherheitskriterien „wissenschaftlich“ so abzufassen, dass der Standort „geht“, werden wir weiter entschieden entgegentreten.
Aus unserer Sicht ergibt sich ein abgestufter Handlungsbedarf: Ahaus und Gorleben und die WTI-Lager taugen schon jetzt nicht mehr als sichere Zwischenlager (short term) – als Dauerlager (long term) taugen sie keinesfalls. So genannte „Härtungen“, also Nachbesserungen oder Ähnliches, wie auch die ausufernde Debatte um „Heiße Zellen“, lenken von dieser zentralen Forderung ab. Käme es tatsächlich nur zu flüchtigen Nachrüstungen an Anlagen, die in Wirklichkeit heute nicht mehr so gebaut würden, wäre ein Widerruf der Betriebsgenehmigungen die richtige Antwort!
Wir müssen eine Debatte um die Sicherheit der Lagerstätten führen und dabei Grundsätze und Forderungen formulieren. Die Dauerlager müssen folgende Kriterien erfüllen:
1. Der sicherheitstechnische Zustand der Lagerbehälter darf sich für einen Zeitraum von mindestens hundert Jahren nicht verändern.
2. Sie müssen ein Mehrbarrierensystem gegen mechanische und thermische Einwirkungen besitzen, Redundanz und Robustheit müssen gegeben sein.
3. Die Behälter müssen wirksam vor allen denkbaren Umwelteinflüssen geschützt werden (Erdbeben, Überflutung, Feuer, Sturm, Starkregen etc.).
4. Sie müssen einen wirksamen Schutz vor terroristischen und kriegerischen Aktivitäten und digitalen Angriffe bieten.
5. Sie müssen gegen „innere Bedrohungen“, wie zum Beispiel den Zusammenbruch von Versorgungsleitungen und gegen Sabotage geschützt sein.
Und natürlich müssen wir darauf achten, dass die Öffentlichkeit nicht übergangen wird, zum Beispiel durch den Verweis auf einen bestehenden Rechtsschutz der Anlagen.

Sofortiger Ausstieg nötig

Neben der Informationspflicht der Betreiber tragen Debatten, Einspruchsrechte von Betroffenen, Klagerechte und anderes dazu bei, eine größtmögliche Sicherheit dieser Atomanlagen zu erreichen. Denn wegzaubern lässt sich der Atommüll nicht. Die Menge lässt sich jedoch begrenzen durch einen sofortigen Atomausstieg, der auch die Brennelementefabrik in Lingen und die Urananreicherungsanlage in Gronau einschließt. Dort fällt ohne zeitliche Begrenzung Atommüll an, denn diese Anlagen sind sogar vom Atomausstieg bis 2020 ausgenommen.
Ein „Weiter So!“, wie es vonseiten des neuerdings staatlichen Betreibers offenbar angestrebt wird, kann und darf es nicht mehr geben.

CC BY NC SA

Fotos: GNS, PublixviewinG

Veranstaltung in Lüchow
2. Februar, 19 Uhr, Ratskeller

Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle – Ergebnisse aus dem ENTRIA-Projekt *Oberflächenlagerung*

Vortragende: Reichardt, Köhnke – Institut für Baustoffe, Massivbau und Brandschutz

Kritik an der Ignoranz der Regierung gegenüber der Problematik einer verlängerten Zwischenlagerung kommt auch von verschiedenen anderen Stellen.

„Der Umgang mit der weiteren Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle muss auf den Prüfstand", sagt etwa Hubertus Zdebel, Sprecher der Fraktion DIE LINKE für den Atomausstieg. „Wachsende Terrorgefahr und deutlich verlängerte Laufzeiten der Zwischenlager erfordern eine umfassende Neubewertung der Risiken. Bundestag und Bundesregierung sind gefordert, die Weichen für mehr Sicherheit zu stellen und für eine transparente Diskussion zu sorgen, an der die Öffentlichkeit und die betroffenen Standortregionen beteiligt werden müssen". Die Feststellung, dass eine bewaffnete und entschlossene Terrorgruppe in oberirdische Zwischenlager eindringen könnte, sei alarmierend. Es bestehe Handlungsbedarf. Insbesondere müssten die noch in Betrieb befindlichen Atommeiler abgeschaltet werden, um nicht noch mehr Atommüll zu erzeugen.

» Kommission und Gremium

„Bereits die Endlager-Kommission hatte betont", so Zdebel weiter", „nicht nur ‚die Endlagerung von hoch radioaktiven Abfallstoffen sondern auch deren notwendige Zwischenlagerung auf den Prüfstand zu stellen'." Auch unter den Berichterstattern der Fraktionen habe es Übereinstimmung in dieser Frage gegeben. Hilfreich könne sein, dass sich das neue Nationale Begleitgremium (NBG) bei der Endlagersuche inzwischen des Themas angenommen und dazu Gutachten in Auftrag gegeben habe. Anfang Februar soll dazu eine öffentliche Tagung des NBG durchgeführt werden.
„Angesicht der Risiken können die Bürger zurecht vom Bundestag und der Bundesregierung erwarten, dass sie für eine neue Sicherheitsdebatte und entsprechende Maßnahmen sorgen. Schon bei den jetzt anlaufenden Genehmigungsverfahren für die Rücknahme von Atommüll aus dem Ausland in die Zwischenlager von Brokdorf, Biblis, Philippsburg und Isar/Ohu muss die Bundesregierung Farbe bekennen und in jedem Fall für eine Beteiligung der Öffentlichkeit sorgen. Sonst lässt sich kaum neues Vertrauen in den staatlichen Umgang mit Atommüll gewinnen."

» Auch Transporte bedenken

Die so genannte „Atommüllkonferenz" schließlich, ein regelmäßiges Treffen der Anti-Atom-Bewegung zum Themenschwerpunkt Atommüll, befasst sich auch mit den Transportrisiken hoch radioaktiver Abfälle.
So könne der Integritätsverlust eines Behälters während des Transports durch einen Unfall oder Terrorangriff massive Strahlendosen in der Umgebung verursachen. Neben den Rücktransporten aus Frankreich und Großbritannien und der Umlagerung von Obrigheim nach Neckarwestheim seien Transporte bestrahlter Brennelemente aus den Forschungsreaktoren in Garching, Mainz und Berlin in das Zwischenlager Ahaus geplant.
Insbesondere der Transport mit hoch angereichertem, waffenfähigen Uran aus Garching berge unverhältnismäßig hohe Risiken.

> **Der Umgang mit der weiteren Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle muss auf den Prüfstand**

Einen Plan B für ein Scheitern oder eine Verzögerung der Endlagerung (in Gorleben) hat es in Deutschland bisher nicht gegeben. Forschung zu verlängerter Zwischenlagerung lag so gut wie gar nicht vor.

Im Rahmen des interdisziplinären Forschungsprojekts ENTRIA ist darüber nun fünf Jahre lang diskutiert und geforscht worden. Erste Ergebnisse liegen jetzt in dem Sammelband „Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle" vor. Die Analysen in dem Buch untermauern die Forderung nach konzeptioneller Neuausrichtung und weiterer Forschung in diesem Bereich.

Dennis Köhnke, Manuel Reichardt, Franziska Semper (Hrsg.)

„Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle – Randbedingungen und Lösungsansätze zu den aktuellen Herausforderungen"

Gebundene Ausgabe: 207 Seiten

Verlag: Springer
ISBN: 978-3658190392
EUR 34,99

Linkliste
Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:
➲ www.gorleben-rundschau.de/links

➲[1] www.bund.net/zwischenlager-studie
➲[2] www.strahlentelex.de/Stx_17_738-739_S01-07.pdf
➲[3] https://www.entria.de/fileadmin/entria/Dokumente/Arbeitsberichte/ENTRIA-Arbeitsbericht-01_Appel_Entsorgungsoptionen.pdf
➲[4] www.entsorgungskommission.de/sites/default/files/downloads/snstresstestteil114032013.pdf

Atomlobby will Klimakasse plündern

Sie kämpft dafür, als Klimaschützer wahrgenommen zu werden

Bonn Mit Klimaschutz-Milliarden will die Atomindustrie AKW-Neubauten finanzieren. Paroli bietet ihr die Initiative „Don't nuke the climate" – maßgeblich befeuert von Kerstin Rudek und Günter Hermeyer von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. Nachdruck eines Berichts von Armin Simon aus dem EWS-Energiewende-Magazin der Elektrizitätswerke Schönau.

Vladimir Slivyak ist zufrieden, zumindest für heute. Der Vorsitzende der russischen Umweltorganisation „Ecodefense" lehnt am Lautsprecherwagen neben dem Bonner Kunstmuseum, unweit des Konferenzzentrums. Gleich wird er auf die Bühne steigen. Er wird nicht über Kohle reden, obwohl das hier eine der Demos zur Halbzeit der Bonner Klimaschutzkonferenz [1] ist. Er wird vielmehr gegen die Atomindustrie wettern, die sich auf eben dieser Konferenz erneut – und vehementer als zuvor – als angebliche Klimaretterin in Stellung zu bringen versucht. Slivyak will die Anti-Kohle- und die Anti-Atom-Bewegung zusammenbringen, will deutlich machen, dass Atomkraft eben nicht das Klima retten kann. Und er hat den Eindruck, dass sein Einsatz nicht umsonst ist: „Die Leute hören zu." 2000 Menschen haben sich an diesem Samstag im November trotz kaltem Sprühregen und Karnevalstarts zum Protest versammelt. Bunt geschmückte Jecken sind darunter, die gegen Braunkohlegruben protestieren, tanzende Eisbären, die vor dem Klimawandel warnen, eine Hundertschaft mit einem Mega-Banner, das Trumps Klimaignoranz geißelt. Und viele gelbe Fahnen: „Don't nuke the climate!" [2]

Atomlobby gibt sich als Klimaretter

„Die Atomindustrie muss raus aus den Klimaverhandlungen!", fordert Slivyak. Vorerst jedoch sitzt sie mittendrin: mit Infoständen, Vorträgen, Hintergrundpapieren, Lobbygesprächen. Aber auch mit Regierungsvertretern, den indischen etwa, die ganz offen für Atomkraft werben. Die gemeinsame Strategie: Atomkraft als „grüne" Form der Stromerzeugung zu verkaufen, angeblich den Erneuerbaren Energien ebenbürtig. Das soll den Zugriff auf Gelder ermöglichen, die eigentlich für Erneuerbare Energien, Energieeinsparungen oder Klimaanpassungsmaßnahmen gedacht sind. Vor allem wollen die Atom-Fans den internationalen Klimaschutzfonds („Green Climate Funds"), der künftig mit bis zu 100 Milliarden Euro jährlich bestückt werden soll, für den Neubau von Atomkraftwerken nutzen.
„Den letzten Kampf der Atomindustrie" nennt Slivyak diesen Vorstoß. Denn die Branche hat ein

Finanzierungsproblem: Erneuerbare Energien und Energie-Effizienz-Maßnahmen sind längst deutlich billiger als neue AKW. Ohne massive Subventionen, Staatsgarantien oder andere Vorteile investiert niemand mehr in Reaktoren. „Die Atomindustrie bekommt nicht mehr unbegrenzt Geld wie zuvor“, weiß Slivyak. „Selbst in Russland nicht.“ Umso wichtiger sei es, ihren Zugriff auf die Klimaschutz-Milliarden weiter zu unterbinden. Acht Organisationen aus Russland, den USA, Indien, Südafrika, Österreich und Deutschland haben sich dafür zum Bündnis „Don’t nuke the climate“ zusammengeschlossen.

Indiens Atomträume

Kumar Sundaram ist aus Delhi nach Bonn gereist. Der Freelance-Journalist hat nach Fukushima mit ein paar Freunden das indische Infoportal „dianuke.org“ gegründet, das der aufkeimenden Anti-Atom-Bewegung im Land ein Forum geben will. Auf der Klimakonferenz mischt er zusammen mit Slivyak und einem Dutzend weiterer „Don’t nuke the climate“-Aktivisten Pro-Atom-Veranstaltungen mit kritischen Fragen auf; daneben organisiert das Bündnis Infoveranstaltungen, Pressekonferenzen und Protestaktionen.

Indien, berichtet Sundaram, setze wie kein anderes an den Klimaverhandlungen beteiligtes Land auf Atomkraft. Bis 2050 will es seine AKW-Kapazität von heute 5,8 Gigawatt fast verfünfzigfachen – obwohl Atomstrom hier vier- bis fünfmal so teuer wie Strom aus Erneuerbaren Energien komme. Schon auf der UN-Klimakonferenz in Paris 2015 machte sich Indien für den Ausbau der Atomkraft als Mittel gegen den Klimawandel stark; in den eigenen Papieren tauchen neue AKW unter derselben Überschrift wie der Ausbau der Erneuerbaren Energien auf – unter dem Titel „clean energy“, „saubere Energie“.

Klimaschutzfonds weckt Begehrlichkeiten

Diese Gleichsetzung von Atomkraft und Erneuerbaren Energien hat im nationalen Rahmen bereits konkrete Folgen, sagt Sundaram. So finanziere die indische Regierung den Bau von AKW bereits mit Subventionen, die eigentlich für den Ausbau der erneuerbaren Energien vorgesehen waren. Derselben Logik folgend plädiert Premierminister Narendra Modi auch auf der Konferenz in Bonn dafür, den internationalen Klimaschutzfonds ebenfalls für AKW-Projekte zu öffnen. Insbesondere für viele Schwellenländer sei Indien ein Vorbild, sagt Sundaram – so unterstützten unter anderem Brasilien und Südafrika die indische Position. Auch Großbritannien und

Armin Simon ist studierter Historiker, freier Journalist und Vater zweier Kinder. Er hat für die taz und verschiedene Umweltorganisationen gearbeitet. Er lebt mit seiner Familie in Karlsruhe

die Türkei halten Pro-Atom-Veranstaltungen auf der Klimakonferenz ab. In vielen Fällen, kritisiert Sundaram, würden die AKW-Projekte in Indien die Probleme, die der Klimawandel dort hervorrufe, sogar noch verschärfen. Das Wasser zur Kühlung der geplanten Reaktoren des AKW Chutka und des AKW Gorakhpur etwa werde den Bauern fehlen, die es gerade angesichts immer häufiger auftretenden Trockenheiten dringender denn je zur Bewässerung ihrer Äcker benötigten. Davon abgesehen sei nicht einmal eine zuverlässige Kühlwasserversorgung der Reaktoren gewährleistet – ein immenses Sicherheitsrisiko, neben all den Menschenrechtsverstößen, Umwelt- und Gesundheitsproblemen, die der Betrieb von AKW mit sich bringe, vom Abbau des Urans bis hin zur Lagerung des Atommülls.

Von derlei Widrigkeiten ist in den Positionspapieren der Pro-Atom-

Vladimir Slivyak

Kumar Sundaram

Fotos: Don't nuke the climate, Kerstin Rudek, PublixviewinG

Lobbyisten nichts zu lesen. „Nuclear for climate“, „Atomkraft für das Klima“, lautet deren Slogan. An ihrem Infostand auf der Konferenz in Bonn geben sie sich gar als „Graswurzelinitiative“ aus, als sozusagen bürgerinitiierte Bewegung von unten. Tatsächlich haben den Stand die vereinigten Lobbyvereine der Atomindustrie aus Japan, Kanada, den USA und der EU angemeldet; die Website der Initiative ist die der französischen Atomenergie-Gesellschaft, ihr Vorsitzender der Chef des Atomkonzerns Areva.

Das Kyoto-Protokoll schloss Atomkraft als „Lösung“ gegen den Klimawandel noch explizit aus. Aufgegeben hat die Atomindustrie deshalb nicht. Atomkraft sei eine „kohlenstoffarme Energie“ und damit „Teil der Lösung zur Bekämpfung des Klimawandels“, beteuert sie. Sie dürfe nicht benachteiligt werden, „speziell im Hinblick auf den Zugang zu Klimafinanzierungsmechanismen wie dem „Green Climate Funds“. Jedes Land müsse vielmehr frei entscheiden dürfen, wie es seine Treibhausgasemissionen reduzieren wolle – mit oder ohne Atommeiler.

„Es geht hier nicht darum, wer was mag und wer was nicht mag!“, empört sich Slivyak. „Es geht darum, das Klima zu retten!“ Der Ausstoß an Treibhausgasen muss dazu bis 2050 auf Null sinken. „Mit Atomkraft geht das nicht.“ Nicht nur, weil auch Atomstrom vom Uranabbau bis zur Lagerung des Atommülls nennenswerte Treibhausgas-Emissionen verursacht, wie etwa eine aktuelle Studie im Auftrag des „World Information Service on Energy“ (WISE) belegt. Sondern vor allem, weil alle rund 400 Reaktoren zusammen derzeit gerade einmal ein Zehntel des weltweiten Stromverbrauchs decken und die meisten schon am Ende ihrer Lebensdauer angelangt sind. Der Bau neuer Meiler hingegen dauert lang und ist zudem sehr teuer. [3]

Die Atomindustrie verschlingt bloß das Geld, das wir für Erneuerbare und Effizienzmaßnahmen brauchen

Vladimir Slivyak, russischer Umweltaktivist, über die Bestrebungen der Atomlobby, Gelder aus dem Green Climate Fund zu akquirieren

„Wenn wir auf Atomkraft setzen“, argumentiert Slivyak, „würden wir zwar ein paar Prozent Treibhausgase einsparen, müssten dafür aber so viel Geld ausgeben, dass keines mehr übrig bliebe für andere Lösungen – von all den anderen Atom-Problemen ganz zu schweigen.“

Um das Klima zu retten, sei Atomkraft deshalb sogar kontraproduktiv [4]. Zu gefährlich, zu dreckig, zu teuer und zu langsam. Statt in teure AKW müsse das Geld in Erneuerbare Energien und Effizienzmaßnahmen fließen.

Günter Hermeyer von der BI übergibt den Brief der Wissenschaftler an Umweltministerin Hendricks

Klimawandel

Ausstiege aus Kohle und Atom gehören zusammen!

Die Politik treibe ein perfides Spiel, so Janna Aljets vom Bündniss Ende Gelände. „Erst wurden AKW stillgelegt, dann musste die Legende von der Notwendigkeit der Kohleverstromung herhalten. Jetzt wird die gegenteilige Argumentation benutzt: Wenn wir aus der Kohle aussteigen wollen, dann werden wir zum Aufhalten des Klimawandels Atomkraft brauchen. Beides ist falsch.“

Das internationale Bündnis „Don’t nuke the climate“ hat darum einen Brief initiiert, den 69 Wissenschaftler aus 10 Ländern unterzeichnet haben. (Foto) „Atomenergie kann das Klima nicht retten“, so Dr. Angelika Claußen von der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW. „Das CO_2- Einsparpotential der Atomenergie ist gering. Wenn Atomkraft einen deutlich höheren Anteil der Endenergie ausmachen soll – jetzt sind es deutlich unter 5 Prozent – dann müssten innerhalb kurzer Zeit mehrere Tausend Atomkraftwerke gebaut werden.“

Kerstin Rudek von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow- Dannenberg weist auf die ungelöste Atommüllverwahrung hin angesichts der Tatsache, dass der Atommüll 40 000 Generationen strahlt und die Endlagerfrage bis heute ungeklärt ist.

„Ein weiteres Dilemma ist die Missachtung der internationalen Menschenrechte. Keine Firma hat das Recht, Luft, Boden, Wasser zu verseuchen, sei es beim Uran-, sei es beim Kohleabbau. [5] Deshalb fordern wir den weltweiten Ausstieg aus der Atomkraft und aus der Kohlekraft. Uran und Kohle müssen in der Erde bleiben.“ (we)

Linkliste

Alle Links zu dieser Ausgabe der GR:
www.gorleben-rundschau.de/links

[1] www.www.ardmediathek.de/tv/Tagesschau/tagesschau-20-00-Uhr/Das-Erste/Video?bcastId=4326&documentId=47525206

[2] www.www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brri0146.html

[3] www.www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.570196.de/17-47-2.pdf

[4] www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.570194.de/17-47-1.pdf

[5] www.www.youtube.com/watch?list=PLo2l2Mj94CnySBUbHS3ovuHvZUqy1SIR1&v=CXn_52ilKVc&app=desktop

Mitglieder der AG Fracking der BI markieren eine Bohrstelle im Wendland

Altlasten der Gasförderung

Radioaktive Endlager, Bohrschlammgruben, Verpressungen und „besondere Verfüllabschnitte“

Fracking Im Wendland wurden radioaktive Stoffe aus der ehemaligen Gasförderung in alten Förderrohren verpackt im Untergrund versenkt. Der Arbeitsgemeinschaft Fracking der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg ist bisher bekannt, dass in alten Bohrungen bei Wustrow insgesamt rund drei Tonnen radioaktives Material versenkt wurden. Bei mindestens acht weiteren Bohrungen, darunter einer bei Volzendorf, wurde dem in den Bohrlöchern verbauten Zement kontaminiertes Material beigemischt. Ein Bericht von Francis Althoff.

Die Betreiber der Anlagen hatten einen Freifahrtschein. Durch für sie optimale Gesetze und Verordnungen konnten sie unkontrolliert „entsorgen“, was als „bergbauliche Abfälle“ deklariert war, die vom Geltungsbereich des Abfallbeseitigungsgesetzes, Abfallgesetzes und Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes ausgeschlossen waren. Denn es handele sich „nur“ um sogenannte NORM-Stoffe, eine Bezeichnung für natürlich vorkommende radioaktive Isotope, die in großen Mengen mit an die Oberfläche gefördert wurden und sich auch im Inneren von Förderrohren als sogenannte Scales festsetzen. Diese Art von „Entsorgung“ erfolgte zwischen 1984 und 2003 auf Grundlage des Bundesberggesetzes für Betriebsplanzulassungen und galt als „ordnungsgemäße Beseitigung der anfallenden Abfälle“. Ein anzeige- und genehmigungsfreier Umgang war erlaubt, wenn die radioaktiven Reststoffe die Freigrenze der Strahlenschutzverordnung nicht überschritten. Die Mengengrenze für den genehmigungsfreien Umgang war auf 2000 Tonnen jährlich festgelegt. Mit dieser Regelung waren die Betreiber aus der Bredouille einer kostenintensiven Entsorgung und aus dem Fokus der Öffentlichkeit, schafften sie doch bundesweit im Schnitt jährlich „nur“ 1700 Tonnen strahlendes Material an die Oberfläche.

Beim Zerfall von Uran und Thorium im Untergrund bilden sich die Isotope Radium 228 und 226, Letzteres mit einer Halbwertzeit von 1600 Jahren. Radium wiederum ist Ausgangsnuklid für die Entstehung des Gases Radon 222, das permanent durch Radium „nachproduziert“ wird, zu Feststoff zerfällt und beispielsweise an Staub anhaftend zu Lungenkrebs führen kann. Auch die radioaktiven Isotope Blei 210, Thorium 228, Radium 228 und Polonium 210 gelangen bei der Förderung an die Oberfläche oder setzen sich, wie beispielsweise auch das giftige Quecksilber, Arsen, Blei und Cadmium, in den Rohren fest.

Nach dem Ziehen der kontaminierten Rohre wurden diese oberirdisch gereinigt, das radioaktive Material in die alten Rohrstücke gefüllt, die Enden zugeschweißt und ab Anfang der 90er Jahre zwischen senkrecht abdichtenden Zementstrecken oberhalb und unterhalb der Rohre im Boden versenkt. In den Jahren davor wurden die radioaktiven Stoffe im Untergrund eingesetztem Zement beigemischt. Im Behördendeutsch des Landesbergamts (LBEG) „Bohrungen mit besonderen Verfüllabschnitten“. Im Raum Wustrow fand die „Verfüllung“ der Bohrlöcher in 2150 bis

Fotos: BI Lüchow-Dannenberg, Burghard Kulow

2307 Metern Tiefe statt, also im Salzstockbereich. Ausgerechnet da, wo diese Rohre am stärksten der Rostgefahr ausgesetzt sind. Wie sicher ist es, dass nichts ins Grundwasser und an die Oberfläche wandert? Dazu müsste ein Monitoring eingerichtet werden. Und welche Bergungsmöglichkeiten der Rohre bestehen?

Die Aufsichtsbehörde LBEG windet sich. Man halte ein sogenanntes Überbohren der verfüllten Bohrungen, bei dem sowohl die in das Gebirge vollständig einzementierte Verrohrung als auch deren Inhalt aus dem Gebirge herausgebohrt werden für theoretisch vorstellbar. Neben vielen anderen Aspekten, beispielsweise einer potenziellen Umweltgefährdung durch ein unkontrolliertes Freisetzen von Schadstoffen während des Überbohrens, sei derzeit jedoch anzuzweifeln, dass es technologisch tatsächlich gelingt, den Einlagerungsbereich mit den besonderen Verfüllabschnitten mit einem Durchmesser von wenigen Zentimetern in großen Tiefen zuverlässig und sicher zu erreichen. Vergleichbare Fälle einer Rückholung von bergbaulichen Abfällen, die bei Bohrlochverfüllungen eingebracht wurden, sind nicht bekannt.

Warum hat das LBEG eine im Wortsinn billige Entsorgung genehmigt, wohl wissend, dass deren Folgen kaum zu beseitigen sind. Wer würde die Kosten und Verantwortung übernehmen? Die Verantwortung für die bergbaulichen Abfälle liegt laut LBEG bei dem jeweiligen Bergbauunternehmer beziehungsweise dem heutigen Rechtsnachfolger ExxonMobil. Dokumentationen von Dichtigkeitsprüfungen an Rohrcontainern liegen dem LBEG nicht vor. Über dem Endlager Wustrow Z10 wird seit Jahren ein Acker bewirtschaftet, über Wustrow Z16a wurde ein Wäldchen gepflanzt. Weitere „besondere Verfüllabschnitte“ sind in den alten Wustrower Bohrungen Z1, Z5, Z7, Z8, Z11, Z12, Z14 und der Volzendorfer Z1 versteckt.

Auch Bohrschlammgruben gefährden das Grund- und Trinkwasser durch giftige Stoffe wie sehr hohe Salzgehalte, Quecksilber, Blei, Arsen, Natronlauge, Polymere, Schmierstoffe und radioaktives Inventar. Eine Untersuchung der Bohrschlammgrube Wustrow West Z1 bei Luckau im Auftrag des Verursachers ExxonMobil ergab gesundheits- und umweltgefährdende Werte an Mineralölkohlenwasserstoffen, aromatischen Kohlenwasserstoffen wie Benzol und polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen. Die Schlammgrube liegt zwischen bewirtschafteten Äckern nur 300 Meter vom Ort entfernt. Von 1973 bis 1991 wurde dort Bohrschlamm abgekippt. Um 1900 wurde die Erkundungsbohrung „Nauden III“ an der Luckauer Schlammgrube bis in 501 Meter Tiefe durchgeführt. In welchem Zustand ist sie nach fast 120 Jahren? Gibt es eine Verbindung zur Grube und damit in tief gelegene wasserführende Schichten? Grundwasser-Monitoring findet nur in oberflächennahen Bereichen statt.

Zuletzt wurden nördlich der Schlammgrube Chloridwerte im Abstrom von 5200 Milligramm pro Liter gemessen. Zu Beginn der Messreihe 1992 waren es sogar bis 25 000 Milligramm pro Liter. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg liegt der Normalwert für Chlorid im Grundwasser zwischen 20 und 30. Die Werte bei Luckau sind nach 25 Jahren also immer noch um rund das 200-fache höher. Das LBEG rät heutzutage wegen der Kontaminierung des Grundwassers im Nahbereich von einer Trinkwasser- oder landwirtschaftlichen Nutzung ab. Die für Frühjahr 2018 angekündigte Räumung und Rekultivierung soll ein halbes Jahr dauern. Die Untere Wasserbehörde des Landkreises geht inzwischen von bis zu 30 Gruben aus. Derzeit untersucht sie drei alte Bohrschlammgruben: 1954 wurde „Damnatz 1“ nahe Quickborn auf 1722 Meter abgeteuft, bei Dünsche 1957 die Bohrung „Gorleben Z1“ auf 3658 Meter und 1958 westlich Kapern „Gartow 2“ auf 928 Meter.

Nördlich von Luckau wurde 1982 die 604,50 Meter tiefe „Hilfsbohrung“ Wustrow H1 zur Verpressung von Lagerstättenwasser abgeteuft. Dabei handelt es sich um Grundwasser in Öl- und Erdgasführenden Schichten, das zwangsläufig mitgefördert wird. Natrium-, Calcium-, Kalium- und Magnesiumchlorid sind die Hauptbestandteile und machen das Grundwasser zu einer hochkonzentrierten, giftigen Salzlösung. Es ist mit Schwermetallen wie Quecksilber, Blei und Arsen belastet und enthält neben aromatischen Kohlenwasserstoffen wie Benzol, Toluol, Ethylbenzol und Xylol auch radioaktive Stoffe. Trotz der Gefahr für das Grundwasser ist die Versenkung von Lagerstättenwasser weder im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), noch in der Verordnung über die UVP bergbaulicher Vorhaben geregelt. Umweltverträglichkeitsprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung sind nicht vorgesehen.

Nur knapp 100 Meter vom Köhlener Mühlenbach entfernt wurden an der Verpressbohrung auch alte kontaminierte Förderrohre gereinigt. Dabei gelangte unter anderem stark mit Quecksilber und radioaktivem Radium 226 kontaminiertes Reinigungswasser in den Bach. Bei den wenigen Messpunkten wurden bis zu 31 Milligramm Quecksilber je Kilogramm Trockensubstanz (TS) gemessen, normal wären weniger als 0,10 Milligramm je Kilogramm TS. Auf radioaktive Belastung wurde nicht untersucht. Ende 2016 wurde im Bach noch immer eine Überschreitung der Quecksilbergrenzwerte in Biota nachgewiesen. Vor dem Hintergrund ihrer Recherche-Ergebnisse stellt die AG Fracking der BI darum die Frage: „Ist Erdgas wirklich eine so saubere Sache, wie immer werbewirksam suggeriert wird?“

Gasbohrung im Raum Tarmitz in den 60er-Jahren

> **Ist Erdgas wirklich eine so saubere Sache, wie uns die Werbung glauben machen will?**

Die etwas andere

Hamburg Als der schwedische Stromkonzern 2013 beschloss, sein „Vattenfall-Lesetage" tituliertes Greenwashing einzustellen, war dies der größte Erfolg des Hamburger Literaturfestivals *Lesen ohne Atomstrom*. Doch die Arbeit dieser etwas anderen Bürgerinitiative ist noch längst nicht beendet. Andreas Conradt sprach mit den drei Gründern der „Erneuerbaren Lesetage" (v.l.n.r.), dem Sprecher des Autonomen Zentrums *Rote Flora* Andreas Blechschmidt, dem Medienunternehmer Frank Otto und dem Fernsehjournalist Oliver Neß.

e Bürgerinitiative

» Andreas, Du bist – gerade in letzter Zeit – als Sprachrohr der linksautonomen Szene um die Rote Flora bekannt. Was hat Dich bewogen, Dich zusätzlich im eher bürgerlichen Umfeld bei *Lesen ohne Atomstrom* zu engagieren?

Andreas Blechschmidt: Weil in der Roten Flora auch in der Vergangenheit Lesungen organisiert wurden und der Anti-AKW-Kampf Teil des politischen Selbstverständnisses autonomer Politik ist. Außerdem habe ich noch ein Germanistikstudium absolviert und schließlich meine politische Arbeit nie nur auf die Rote Flora

beschränkt. Das waren alles gute Gründe, bei *Lesen ohne Atomstrom* mitzumischen.

» Frank, bei Dir ist es umgekehrt: Die hanseatisch geprägte Otto-Familie ist nicht für lauten Protest bekannt. Trotzdem kritisierst Du bei *Lesen ohne Atomstrom* öffentlich Politik und Unternehmen der Stadt. Bist Du das Enfant terrible der Familie?

Frank Otto: Was Umweltschutz angeht bestimmt nicht, weil meine Brüder Michael und Alexander da auch aktiv sind. Michael hat sich sehr hervorgetan mit der 2-Grad-Initiative und ist im Versandgeschäft Vorreiter gewesen, Umweltschutz als Unternehmensziel zu manifestieren: Pelze raus, weniger Chemie-Produkte, eigener Baumwoll-Anbau in Afrika. Bei mir ist das schon eher auch aus der linken Szene begründet, weil ich da meine politische Sozialisation erfahren habe. Ich habe das Internat zur Hochphase der RAF-Fahndung verlassen, und damals gab es noch das alte Raster: Mit meinen langen Haaren entsprach mein Aussehen genau dem, wonach die Polizei angehalten war, Ausschau zu halten. Ich habe dann die Nähe zum Univiertel gesucht und dort in den Kneipen viel mit Leuten diskutiert und mich auch selbst engagiert. Nach dem damals noch sehr aufwändigen Prozess der Kriegsdienstverweigerung habe ich Zivildienst in einem politisch spannenden Kindergarten gemacht – und so war ich eigentlich immer mit der linken Szene verbunden.

» Ist das offene Protestieren und Kritisieren – zum Beispiel auf Hamburgs Bühnen während der Lesetage – eine Folge dieser Entwicklung? Ist es ein Schritt, der weiter geht als das Verankern von Umweltschutz im Unternehmen?

Otto: Na, wir hatten ja auch schon meinen Bruder Michael auf einer Veranstaltung von *Lesen ohne Atomstrom* dabei. So links werden die Lesetage ja von außen gar nicht wahrgenommen, weil die Erkenntnis, dass Atomstrom zumindest in Deutschland keine

Oben: Oliver Neß, Fernsehjournalist und selbst Opfer von Polizeigewalt

Mitte: Frank Otto, Medienunternehmer und Sohn des Versandhaus-Gründers

Unten: Andreas Blechschmidt, Sprecher der Roten Flora in Hamburg

Zukunft mehr hat, ja inzwischen – hoffe ich! – gesellschaftlicher Konsens ist. Von daher ist ein Engagement bei *Lesen ohne Atomstrom* ja nun nicht wahnsinnig politisch links. Aber ich habe nie Berührungsängste mit der Linken gehabt. Warum auch? Meine erste eigene Wohnung war Schulterblatt 3. Wo gerade das Schulterblatt 1 so viel im Gespräch ist, kann ich das ja mal erwähnen. *(lacht)*

Oliver Neß: Frank ist knapp zehn Jahre älter als Andreas, und Franks Geschichte ist, wenn ich Brokdorf und in dem Rahmen auch die Militanz als Mittel der politischen Auseinandersetzung mit der Atomindustrie sehe, durchaus ein Vorläufer von dem, wofür Andreas heute politisch steht.

Otto: *(zögerlich)* Ja! Wobei viele Dinge ja da öffentlich auch falsch dargestellt werden. Wenn ich so dran denke „ … die größten Ausschreitungen …“

Neß: … ich will jetzt gar nicht auf G20 anspielen.

Otto: Das ist ja alles völlig hanebüchen. Es stimmt einfach nicht. Wenn man mal an Joschka Fischer denkt und was dem zur Last gelegt worden war …

Neß: Wobei Du deutlich stringenter als der frühere Außenminister bist in Deiner politischen Vita.

Otto: Ich bin ja auch freier! Ich gehöre keiner Partei an und kann immer sagen, was ich denke, zu dem Zeitpunkt, zu dem ich’s sagen möchte und muss ja auf nichts Rücksicht nehmen dabei. Ich muss mir kein Politikersprech auferlegen.

» Lust, in die Politik zu gehen?

Otto: Nie gehabt! Ich habe immer gewusst, dass ich mich anderweitig wohler fühle und dass ich so mehr bewegen kann.

» Oliver, in Deiner Funktion als Fernsehjournalist hast Du 1994 bei der Berichterstattung von einer Demonstration Polizeigewalt

am eigenen Leib erfahren müssen. Wirkt die Wut darüber in Deinen politischen Engagement für *Lesen ohne Atomstrom* nach?

Neß: Nein, überhaupt nicht. Wie bei Frank und Andreas gibt es bei mir eine lange Kontinuität des Engagements im Anti-Atom-Bereich. Da gibt es keinen Zusammenhang zu Polizei-Fragen und Innerer Sicherheit, die immer wieder Gegenstand meiner journalistischen Tätigkeit waren. Wenn man sich anschaut, wie in der Folge meiner damaligen Enthüllungen über Polizeigewalt dann diese Polizeigewalt für mich auch noch persönlich erfahrbar wurde, hat das mit *Lesen ohne Atomstrom* zwanzig Jahre danach nichts zu tun. Es hat vielleicht die Unversöhnlichkeit mit diesem System bestärkt. Auch schon vor dieser persönlichen Erfahrung habe ich es mit dem großartigen Autor Günther Anders gehalten, der – angesichts der Skrupellosigkeit der Atomindustrie – nachvollziehbar die Frage nach der Legitimität der Militanz in der Anti-Atom-Bewegung gestellt hat.

» Du hast Dein Engagement im Anti-Atom-Bereich angesprochen. Ist das der Schwerpunkt Deiner politischen Arbeit?

Neß: Da gehen manchmal die journalistische Tätigkeit und das eigene Engagement zusammen. Meine journalistischen Schwerpunkte liegen überwiegend bei Menschen- und Bürgerrechten, aber auch im Wissenschaftsbereich.

» Wie seid Ihr zusammengekommen? Was hat zur Gründung von *Lesen ohne Atomstrom* geführt?

Otto: Die Initialzündung kam durch die Castortransporte ins Wendland. Wir haben in Hamburg eine Mobilisierungsveranstaltung gemacht und uns dort nach längerer Zeit wieder zusammengefunden. Wir kannten uns alle drei schon vorher.

Neß: Da gibt es eine starke Kontinuität. Andreas und Frank kenne ich seit bald drei Jahrzehnten. Insofern war *Lesen ohne Atomstrom* eine Idee, die unter Freunden geboren wurde. Eine Motivation war, dass wir die Reaktionen der professionellen Umweltverbände auf das jährlich wiederkehrende Greenwashing der Vattenfall-Lesetage ein bisschen einfallslos fanden. Die haben nämlich mit schöner Regelmäßigkeit nur gejammert, aber dabei blieb es dann. Wir haben stattdessen mal die Künstler gefragt, was die eigentlich darüber denken. Und da haben wir sehr schnell gemerkt, dass es bei denen gärt, dass die Künstler diesen Kulturmissbrauch durch die Atomindustrie genauso unsympathisch fanden wie wir. Das war letztlich der Impuls, etwas gemeinsam dagegen zu unternehmen. *Lesen ohne Atomstrom* ist eine Initiative, die von Lesern und Künstlern gemeinsam gegründet wurde.

Blechschmidt: Aber eigentlich wollten wir ja 2011 nur eine einmalige Sache gegen die atomare Leseveranstaltung von Vattenfall initiieren – doch die Resonanz war so einhellig positiv, das wir geradezu gedrängt wurden, es nicht bei dieser einmaligen Lesung zu belassen.

» Fühlt Ihr Euch mit *Lesen ohne Atomstrom* eher als Teil der Hamburger Kulturszene oder als Teil der Anti-Atom-Bewegung?

Neß: Im besten Falle sind wir eine Schnittstelle. Aber ich glaube schon, dass das Festival eine stark politische Initiative ist, gerade wenn man zum Beispiel mit Veranstaltungen auf die Elbe geht, um gegen die Atomtransporte im Hafen zu demonstrieren. Die Kultur an die Orte des atomaren Geschehens zu bringen war übrigens gar nicht unsere Idee. Das Copyright darauf hat Günter Grass. Der hat 2011 unseren Vorschlag einer Spielstätte leicht vergrätzt kommentiert mit den Worten: „Immer muss ich ins Schauspielhaus. Nee, wir müssen dahin, wo die sind!“ Also: Es ist wichtig, dass die engagierte Literatur immer mal wieder dahin geht, wo der politische Adressat sitzt. Deswegen war es richtig nach Krümmel und auf die Elbe zu gehen.

> **Die Initialzündung kam durch die Castortransporte ins Wendland**

Eigentlich *(wendet sich an Frank Otto)* müssten wir auch mal vors Rathaus.

Otto: Kultur ist ja genau dafür da, die Gesellschaft zu spiegeln und auf Missstände aufmerksam zu machen. Besonders den Mix aus Humor und Ernsthaftigkeit habe ich immer als große Stärke der Kultur empfunden. Sie ist frei von irgendwelchen parteipolitischen Restriktionen, denen sich Leute, die politische Arbeit machen, so oft unterwerfen müssen. In der Kultur kann man immer etwas mehr Speerspitze sein.

Neß: Bemerkenswert ist die Breite an unterschiedlichen Persönlichkeiten, die ansonsten nicht allzu viel miteinander zu tun haben: Michael Otto als einer der bedeutendsten Konzernlenker dieses Landes mit Bischof Huber, den ich jetzt auch nicht der linksradikalen Szene zuordnen würde, bis hin zu Dennis Meadows und Jan Delay – das sind komplett unterschiedliche Kulturen, die sich aber für diese Idee auf die Bühne stellen und alle sehr klar eine gemeinsame Meinung vertreten.

» Das Auftreten von *Lesen ohne Atomstrom* unterscheidet sich deutlich von dem anderer Player in der Anti-Atom-Bewegung. Ist *Lesen ohne Atomstrom* trotzdem eine „Bürgerinitiative“?

Otto: Ich glaube schon, dass wir eine Bürgerinitiative sind – auch wenn wir uns nicht „BI“ nennen. Das zeigt schon der Charakter: Es gibt keine Sponsoren, sondern Unterstützer.

Neß: Es ist ein Literatur- und Kulturfestival, auf jeden Fall, aber organisiert als Bürgerinitiative. *Lesen ohne Atomstrom* ist nicht nur das Programm auf der Bühne, sondern macht öffentlichkeitswirksam die gesellschaftliche Breite für die Energiewende und den Atomausstieg sichtbar. Und daran haben alle Beteiligten den gleichen Anteil: die Künstler auf der Bühne, die mietfrei überlassenen Theater, der kleine Getränkeladen, der uns gratis beliefert und unser ehrenamtliches Team.

» Klassische Demonstrationen und politische Veranstaltungen predigen meistens den ohnehin Gläubigen. Wer ist *Euer* Publikum?

Otto: Ich glaube, dass bei uns jeder mit einem Erkenntnisgewinn aus dem Saal geht, weil wir ja keine monothematischen Veranstaltungen machen, sondern immer auch einen Diskurs haben. Da kommen immer unterschiedliche Blickwinkel zusammen. Ein großer Teil des Publikums hat natürlich schon eine positive Grundeinstellung zu unseren Themen, aber weil ja die Atom-Problematik nicht mehr so im Fokus der Öffentlichkeit steht, fällt es uns nicht schwer, im politischen Teil am Anfang jeder Veranstaltung auf aktuelle Entwicklungen hinzuweisen, die den meisten Besuchern gänzlich neu sind.

Blechschmidt: Das ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt. Wir haben neben unserem Kernthema immer auch Schwerpunktthemen wie zum Beispiel die Planungen der Erweiterung des AKW Hinkley Point in Großbritannien oder die Rolle des Hamburger Hafens als Drehscheibe von Atomtransporten in den Fokus gesetzt. Das waren für die Festivalbesucher tatsächlich oft neue Informationen.

Neß: *Lesen ohne Atomstrom* hat ein unglaublich engagiertes und motiviertes Publikum. Wenn in sieben Jahren fast kein Platz bei einer Veranstaltung mal frei geblieben ist, dann haben die Zuschauer dieses Festivals ihren ganz eigenen Wert und auch eine politische Aussage.

» Mit den Erneuerbaren Lesetagen mobilisiert Ihr regelmäßig Tausende, zu kostenlosen Literaturveranstaltungen zu kommen. Dabei setzt Ihr Unterhaltung als Mittel ein, um auch politische Inhalte zu transportieren. Ist das nicht genauso unlauter wie das Greenwashing von Vattenfall?

Otto: Das glaube ich nicht, weil wir einerseits den politischen und den literarischen Teil deutlich trennen und andererseits die Künstler völlig frei sind in dem, was sie auf der Bühne darbieten.

Neß: Und die Künstler stehen hier nicht für eine Marke, sondern für eine Haltung. Das, was sie auf der Bühne präsentieren, ist speziell für diesen Abend entwickelt. Weil sie mit uns gemeinsam besondere Programme für diesen Anlass gestalten, ist es so authentisch. Sie stehen dann explizit für das Anti-Atom-Thema auf der Bühne. Und das wollen sie und wir dem Publikum auch deutlich machen. Es ist den Künstlern ganz wichtig, dass ihre Kunst in den Kontext der Anti-Atom-Positionierung gesetzt wird. Es ist ein Unterschied, ob ein kommerzieller Veranstalter die Autoren offiziell gebucht hat, oder ob sie selbst daran interessiert sind, ihre Kunst für unsere gemeinsame Idee einzusetzen.

» Nach drei Jahren *Lesen ohne Atomstrom* hat Vattenfall den Kulturmissbrauch der so genannten „Vattenfall-Lesetage“ 2013 eingestellt. Worauf führt Ihr diesen schnellen Erfolg zurück?

Neß: Die haben schon im zweiten Jahr die Nerven verloren. Wir wollten deren Event „eskortieren“ und den von unserem ersten Schirmherrn Jakob von Uexküll so benannten „Kulturmissbrauch“ öffentlich zur Diskussion stellen. Aber zur Machtprobe hat es dann Vattenfall gemacht.

» Warum?

Neß: Ich glaube, dass das Projekt *Lesen ohne Atomstrom* einen Nerv getroffen hat, als es diesen Mechanismus des Kulturmissbrauchs, dieses Greenwashing in der Öffentlichkeit thematisiert hat. Damit war ein zentrales strategisches Mittel der Atomindustrie entlarvt – diesen Kulturmissbrauch betreibt ja nicht nur Vattenfall: Das machen RWE und Areva auch. Jakob von Uexküll hat dazu so schön gesagt: „Sie benutzen die Kultur, um sich in die Herzen der Hamburger zu schmeicheln.“ Als diese Strategie plötzlich sichtbar wurde und sie nicht mehr „der Stromversorger“ waren, sondern als durchtriebener Konzern mit einem saudreckigen Produkt erkannt wurden, haben sie sich erst aufgeplustert und offen gedroht – und dann die Segel gestrichen.

Otto: Da lagen die Nerven einfach blank! Vattenfall hat „unsere Künstler“ attackiert, auch Spielstätten, in den *Lesen ohne Atomstrom* zu Gast sein durfte.

Blechschmidt: Das war die beste denkbare Werbung für uns, auch wenn uns diese Angriffe ehrlicherweise anfangs schon gestresst haben.

Neß: Sie haben sich mit dieser Kampagne gegen die Künstler selbst ins Aus geschossen und *Lesen ohne Atomstrom* noch mal richtig groß gemacht. Das ging bis hin zu wüsten Beleidigungen der Autoren und zu Verunglimpfungen der Unternehmer, die sich finanziell für *Lesen ohne Atomstrom* engagiert haben – sogar öffentlich. Wie wund dieser Punkt gewesen sein muss, zeigt sich auch darin, dass mit Vattenfall zusammen auch der Hamburger Senat – bis hin zum Bürgermeister – in diese Kampagne eingestiegen ist.

» Wie reagiert man jetzt, wo es die Vattenfall-Lesetage nicht mehr gibt, im Hamburger Senat auf *Lesen ohne Atomstrom*? Gibt es Gespräche?

Neß: Nein. Es gibt zwischen dem Senat und *Lesen ohne Atomstrom* keinerlei Ebene. Es ist symptomatisch für die Politik, dass sie, wenn sie – in ihrer Wahrnehmung – verloren hat, dann auch abtaucht und versucht, ihre eigene Niederlage möglichst vergessen zu machen. Wir haben ein grundlegend unterschiedliches Kulturverständnis. Wir sind in dieser Frage allerdings auch nicht ganz leichtgängig, weil wir von vornherein gesagt haben, dass Parteipolitik außen vor bleiben soll. Es geht hier um eine zentrale zivilisatorische Frage, nämlich das nukleare Zeitalter zu beenden. Darin sind Parteien viel zu klein.

» 257 Künstler sind bisher bei *Lesen ohne Atomstrom* aufgetreten.

> **Wenn in sieben Jahren kaum ein Sitzplatz frei geblieben ist, dann ist das eine politische Aussage der Zuschauer**

Fotos: PublikviewinG

Jüngster Coup: Lesung und Demonstration im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg

Was motiviert sie zu diesem Engagement?

Neß: Ganz klar das Statement für den sofortigen Atomausstieg und für die Energiewende. Das wird immer wieder deutlich. Viele Künstler lehnen auch Interview-Anfragen zu ihrem Engagement ab, weil sie ihren Auftritt bei *Lesen ohne Atomstrom* als ihr Statement verstanden wissen wollen: „Ich stell' mich für *Lesen ohne Atomstrom* da hin, und das sagt alles!"

» Plaudern aus dem Nähkästchen: Wer ist unter den Künstlern der glühendste Verfechter der politischen Ziele von *Lesen ohne Atomstrom*?

Neß: Nee, das kann man …

Otto: Das kann man so gar nicht sagen. Jeder sagt uns, dass er sofort wieder mitmachen würde. In diesem Kontext auf einer Bühne zu stehen ist ja auch für die Künstler eine Atmosphäre, die sie sonst selten vorfinden.

Neß: Die kommen alle gerne wieder, weil sie bei *Lesen ohne Atomstrom* ein sehr engagiertes Publikum vorfinden, das sich nicht einfach nur berieseln lässt. Wir haben schon oft die Aussage gehört: „So ein Publikum hatte ich noch nie!" Die Künstler begreifen sich als Teil des Projekts – bis hin zum ehemaligen japanischen Staatschef Naoto Kan. Der müsste ja eigentlich eher Gast des Hamburger Senats sein, wurde aber im Lauf der drei Tage, die er in Hamburg war, zum Aktivist von *Lesen ohne Atomstrom*.

» Die Vattenfall-Lesetage sind passé, muss *Lesen ohne Atomstrom* noch weiter existieren?

Otto: Wir haben das Festival zwar gegründet, um auf Greenwashing aufmerksam zu machen, aber wir haben nie auf andere geschielt, sondern immer unsere Linie vertreten. Unser Format besteht weiter, weil viele Fragen um die Atomkraft noch nicht geklärt sind.

Neß: Das Thema des Festivals ist ja viel grundsätzlicher: Leute, wir müssen darüber nachdenken, was in dieser Gesellschaft eigentlich passiert. Und da ist so ein kleines, völlig fehlgeleitetes Kultur-Sponsoring dann wirklich nur der Auslöser für sehr grundsätzliche Gesellschaftskritik.

» Das Greenwashing Vattenfalls ist beendet, in vier Jahren geht das letzte deutsche AKW vom Netz, die Energiewende kommt voran. Welche Auswirkungen hat dieses geänderte Umfeld für die Zukunft von *Lesen ohne Atomstrom*?

Otto: Naja, dann ist Hamburg immer noch Umschlagplatz für Atom, weil das ein Geschäftsmodell des Hamburger Hafens ist. Insofern bleibt uns das Thema ja noch eine Weile erhalten. Aber auch darüber hinaus: Deutschland ist in den letzten Jahren vielleicht nicht umwelt*un*freundlicher geworden, aber eben auch nicht umweltfreundlicher. Da gibt es noch viele Themen, die mit den Erneuerbaren Lesetagen zu bedienen wären. Was zum Beispiel das Tempo der Energiewende angeht, ist Deutschland kein Vorbild.

Blechschmidt: Ich finde es auch gefährlich, sich auf den Ausstiegsbeschluss allzu sehr zu verlassen. Zum einen werden ja weltweit immer noch neue Atommeiler geplant. Und die Frage der sicheren Endlagerung des Atommülls ist ja noch völlig ungeklärt.

» Also weitere Lesewochen in den nächsten Jahren?

Otto: Nach 66 Veranstaltungen und 30 000 Zuschauern muss es nicht immer die eine Festivalwoche sein. Wir arbeiten zunehmend fokussiert zu Anlässen und politischen Themen, bei denen wir uns einmischen können. Unsere Veranstaltung vorm G20-Gipfel war grad so ein Beispiel.

Neß: Da zeigt sich noch einmal deutlicher der Charakter einer Bürgerinitiative als der eines Festivals: Wenn wir mit Kultur an einer Stelle politisch eingreifen können, dann spielt der Zeitpunkt unseres Tuns keine große Rolle. Es ist wichtiger, politisch engagierte Initiative zu sein, als das Festival jedes Jahr zum festgelegten Zeitraum stattfinden zu lassen. Leider ist *Lesen ohne Atomstrom* zu klein, um die Machtfrage zu stellen. Aber wenn es das könnte – da spreche ich jetzt mal für alle 257 Künstler und das gesamte Team, ohne die anderen alle gefragt zu haben –, *den* Deal würden wir sofort machen: Wenn kein AKW mehr läuft, kein Atomtransport mehr über den Hamburger Hafen gebracht wird, Gorleben unwiderruflich aufgegeben ist, dann hören wir sofort auf mit *Lesen ohne Atomstrom*.

CC BY NC SA

Recht Im November 2011 erreichte der vorerst letzte Castortransport das Zwischenlager in Gorleben. Es war der längste und teuerste Transport, der das Wendland erreichte. Zuvor hatte die Polizei mehrere Tausend Aktivist/-innen, die auf den Schienen nahe der Ortschaft Harlingen friedlich protestierten, in einen Polizeikessel verbracht. Einem solchen Freiheitsentzug müsste eigentlich eine Vorführung vor Gericht folgen – was jedoch unterblieb. Noch während des Aufenthalts im Kessel legten Gefangene darum schriftlich Beschwerde gegen das Vorgehen ein. In der Folge gab es zahlreiche Prozesse, in denen Versammlungsteilnehmer/-innen Schadensersatz einforderten. Torben Klages sprach mit Reiner Frensemeyer, der als Kläger den Weg durch alle Instanzen ging.

» Während zahlreiche Kläger/-innen anwaltlich vertreten werden, hast Du Dich alleine auf den Weg durch alle Instanzen gemacht. Liegt dieser weitreichenden Entscheidung eine spezielle Motivation zugrunde?

Reiner Frensemeyer: Als Anwalt habe ich den Vorteil, dass ich mit der Justiz vertraut bin. Meine Motivation ist nicht speziell, sondern sehr grundlegend. Ich sehe die gerichtliche Auseinandersetzung sowohl als Teil meiner politischen Arbeit, als auch als Wahrung meiner Grundrechte als Einzelperson. Es gehört leider inzwischen zum System, dass bei Aktionen, die durch das Versammlungsrecht geschützt sind, seitens der Polizei Verstöße gegen die Grundrechte begangen werden. Sie zielen meist darauf ab, dass Menschen abgeschreckt werden sollen, an weiteren Versammlungen teilzunehmen, was bedeutet, dass sie in ihrer Handlungsfreiheit, die durch die Verfassung garantiert ist, eingeschränkt werden. Nur zu oft stecken hinter Polizeimaßnahmen politische Interessen und politische Seilschaften, die es sehr genau zu beleuchten gilt.

> Ich sehe die gerichtliche Auseinandersetzung als Teil meiner politischen Arbeit

» Daher auch nicht nur die Klage gegen das Land Niedersachsen, sondern auch gegen den damaligen Innenminister als Vorgesetzten der Polizei?

RF: Genau. Der Polizeiapparat muss ausbaden, was ihm seitens der Politik vorgegeben wird. Es ist neben den Verstößen der Polizei aber auch wichtig, die politischen Seilschaften aufzudecken. Meine Erfahrungen außerhalb des Wendlands zeigen, dass im Nachgang von Versammlungen, bei denen die Rechte der Demonstrant/-innen nicht gewahrt wurden, kein großes Bestreben besteht, diese juristisch einzuklagen. Das empfinde ich als unsolidarisch. Es wäre für mich ein Ausdruck der Solidarität, für kommende Aktionen die Grundrechte juristisch zu verteidigen, auch wenn mein Glauben in den Rechtsstaat, wie ich im Juli 2017 bei meiner Teilnahme an der Demo „Welcome to hell“ während der G20 Proteste in Hamburg erkennen musste, stetig abnimmt.

Foto: PublixviewinG

Das letzte Wort steht noch aus

Kilometerlang besetzten Demonstrant/-innen im November 2011 die eingleisige Bahnstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg. In der Nacht räumte die Polizei die Schienen und brachte die Aktivist/-innen in einen so genannten Kessel.

» Im Falle des „Harlinger Kessels“ sind alle Kläger/-innen bis vors Bundesverfassungsgericht gegangen. Stellt sich in der Realität schwerer dar, was im Allgemeinen als selbstverständlich empfunden wird?

RF: Nur zwei Prozent aller Verfassungsbeschwerden werden positiv beschieden, darunter auch meine.
Nach meinem Erfolg sprach das Bundesverfassungsgericht den 2011 eingekesselten Demonstrant/-innen im Sommer 2016 Schmerzensgeld zu, bei denen die normalen Gerichte das rechtswidrige Polizeihandeln zwar festgestellt, Schmerzensgeld aber verweigert hatten. Für mich ist das schon ein herausragender Schritt, und es war eine enorme Herausforderung. Bis zum Bundesverfassungsgericht gibt es schon genug Stolpersteine, aber die Verfassungsbeschwerde selbst hält dann noch eine Menge Fallstricke bereit. Es bedarf sehr genauer Formulierungen, die viel Zeit in Anspruch nehmen. Der positive Bescheid meiner Beschwerde führte nicht nur dazu, dass das ablehnende Urteil des Landgerichts aufgehoben wurde, sondern stärkte damit auch die Paragraphen 1.1 und 2.2 der Verfassung („Menschenwürde“ und „Freiheit“), was richtungsweisend für derartige Auseinandersetzungen sein könnte.

» Die Forderung des Schmerzensgeldes in Höhe von 600 Euro wirkt vor dem Hintergrund des Aufwands sehr niedrig. Ein Vergleichsangebot wurde von Dir abgelehnt, obwohl die Polizei in den Verhandlungen betonte, dass ihr eigner Kessel nicht rechtskonform war. Warum war das nicht zufriedenstellend?

RF: Der Aufwand des Verfahrens ist für mich nicht monetär zu beziffern.
Antrieb ist ein hoher Idealismus. Deshalb ist es auch wichtig, dass ein Urteil gefällt wird, und das in unserem Sinne. Vergleiche werden nicht veröffentlicht und dienen daher auch nicht als richtungsweisende Beispiele. Angestrebt ist in gewisser Weise ein Präzedenzfall, auf den sich Menschen berufen können. Ich persönlich glaube nicht an eine Veränderung des Polizeivorgehens, auch wenn dies beteuert wurde. Wichtig ist, dass mit einem positiven Urteil die Grundlage vereinfacht würde, sein Recht juristisch wahrzunehmen.

» Ende November verkündete das zuständige Gericht nun ein positives Urteil mit einem faden Beigeschmack. Endet für Dich damit der bisher längste Castor Transport ins Wendland?

RF: Nein, das Urteil spricht mir 99 Euro Schmerzensgeld zu, ein Taschengeld. Die Sache ist leider immer noch nicht zu Ende. Ich werde weiter klagen und hoffe auf Solidarität. Die Castoren rollen schließlich weiter, nur momentan nicht mehr ins Wendland.

CC BY NC SA

Nicolas Borns Vermächtnis

„entsorgt"?

kommentiert von Axel Kahrs

Er fehlt uns heute mehr denn je angesichts sich zuspitzender Krisen bei Klima und Umwelt, Energie und Ökologie. Nicolas Born, der am letzten Tag des gerade abgelaufenen Jahres 80 Jahre alt geworden wäre, zählt zu den unvergesslichen Menschen, die den Widerstand gegen Gorleben von Anfang trugen. Zusammen mit seinen Künstlerkollegen wie Uwe Bremer oder Hans Christoph Buch war er einer aus der Schar der ersten Stunde im Frühjahr 1977.

Unvergessen seine Rede auf der Großdemo vom 12. März im Gorlebener Wald, in der er seine eindringliche Warnung vor den Politikern im „nuklearen Entsorgungsrausch", vor „gefährlichen Opportunisten" und den „Rattenfängern der Atomindustrie" artikulierte. Und er schloss: „Unsere unglücklichen Gefühle und Ahnungen, unsere Sorge und unsere Angst sind zugleich auch unsere Kraft, und die lassen wir uns nicht versachlichen. Unsere Sorgen, wer macht sie sich sonst?" Eine Frage, von der wir jetzt wissen, dass sie zeitlos blieb und sich ihre Aktualität bewahrt hat, bis in den Alltag hinein. Wenn ein AfD-Politiker heute davon spricht, Konkurrenten „entsorgen" zu wollen, dann führt er jene Sprachverrohung fort, die damals hier im Wendland begann, als man den Menschen ein „Nukleares Entsorgungszentrum" andienen wollte.

Nicolas Born war einer der ersten Dichter, der das Monströse dieses Wortes begriff. In seinem Gedicht „entsorgt", das die für Menschen schier unfassbaren Halbwertzeiten radioaktiver Stoffe anspricht, klagt er das Humane wieder ein: „Das sorgend Schöne fehlt mir an Krypton und / Jod 129. Mir fehlt die Zukunft der Zukunft / mir fehlt sie. / ... mir fehlen Folgen, lange Sommer am Wasser / harte Winter, Wolle und Arbeit."

Nicolas Born hat wie kein anderer Schriftsteller seiner Zeit früh die bedrohlichen Dimensionen einer Technik beschrieben, die er als Teil einer „Welt der Maschine sah", losgelöst von den elementaren Bedürfnissen des Menschen, nur gesteuert von Nützlichkeit und Profit. Sein hellwacher Blick schärfte sich in den Elbtalauen an dieser unerträglichen Gleichzeitigkeit von wissenschaftlicher Hybris und sich selbst überlassener Naturschönheit. In seinem Körper wucherte der Krebs, der ihn 1979 im Alter von 41 Jahren besiegte, vor seinen Augen wucherten im Gorlebener Wald die Metastasen einer menschfeindlichen Technik: „das verruchte Gesindel / spürt nichts, sie schließen die Kartelle / keine Ahnung, was sie in die Erde setzen / Ahnung nicht, nur Wissen."

Fotos: picture alliance (2), Privat

Konstantin Wecker

Was keiner wagt

besprochen von Nora Krohn

Was keiner wagt,
das sollt ihr wagen

Was keiner sagt,
das sagt heraus

Was keiner denkt,
das wagt zu denken

Was keiner anfängt,
das führt aus

Wenn keiner ja sagt,
sollt ihr's sagen

Wenn keiner nein sagt,
sagt doch nein

Wenn alle zweifeln,
wagt zu glauben

Wenn alle mittun,
steht allein

Wo alle loben,
habt Bedenken

Wo alle spotten,
spottet nicht

Wenn alle geizen,
wagt zu schenken

Wo alles dunkel ist,
macht Licht

Wo alle geizen,
wagt zu schenken

Wo alles dunkel ist,
macht Licht

Musik: Konstantin Wecker
Text: Lothar Zenetti

Entdeckt auf Konstantin Weckers aktuellem Album *Poesie und Widerstand* (2017),

erstmalig erschienen auf *Zugaben* (2008)

Die Zeiten werden wieder dunkler. Nicht nur Jahreszeit, sondern auch Zeitgeschichte, Weltzeit und Zeitgeist verdüstern sich bedrohlich. Gefühlskalte Despoten und narzistische Psychopathen sitzen an den Schalthebeln der Macht – einer unberechenbarer als der andere.
Die kurzen Momente, in denen ich es wage, der Lage der Welt ungeschönt ins Auge zu sehen, vermag ich kaum zu ertragen. Doch weggucken geht auch nicht – nicht mehr. Angesichts der sich ausbreitenden Grausamkeit starre ich mit schreckgeweiteten Augen die Welt an. Sie schaut zurück – aus ihrem Blick schreit unbändiger Schmerz und verzehrende Verzweiflung.
Doch in lähmender Erstarrung zu verharren, hilft ihr und uns auch nicht. Nur woher Kraft und Mut und Zuversicht schöpfen, um den Kampf gegen die gefühlt übermächtigen Windmühlen aufzunehmen, um trotz allem seinen eigenen kleinen, aber unverzichtbaren Teil beizutragen, das Rad in die andere Richtung zu drehen?
Suchend blicke ich mich bei diesen sich weiter und weiter verfinsternden Aussichten nach einem Licht um. Keinem grellen und blendenden. Keinem weißen und klinischen. Keiner aufdringlichen Neonreklame. Keiner überfrachteten, im Sekundentakt die Farbe wechselnden Weihnachtsbeleuchtung. Sondern nach einer warmen Flamme, die die verschatteten Gesichter schimmernd erhellt. Einem zarten Feuer, das die erkalteten Gemüter sanft erwärmt.

Ein Licht kann auch ein Ton sein. Ein schimmernder Ton, der die verschlossenen Gesichter warm sich öffnen lässt. Eine sanfte Melodie, die die verhärteten Gemüter zärtlich entgleiten lässt.
Zart und pur, leise und unaufdringlich beginnt Weckers Klavier als scheue Solistin das Lied. So harmlos diese ersten Töne auch scheinen mögen, ihr heller, zärtlicher Klang schlüpft mühelos durch die feinen Spalten unserer Alltagspanzer, vermag bis tief ins erschütterte Innere zu klingen und leuchtet bis in die dunkelsten Ecken.
So bahnen die Töne den Weg für die weisen wachrüttelnden Worte Lothar Zenettis, dessen Gedicht Konstantin Wecker mit diesem Lied eine Vertonung schenkt. Denn ein Licht kann auch ein Wort sein. Ein winziges Wort, das die fast erloschene Hoffnung zart wieder aufglimmen lässt. Ein simpler Satz, der dem Gefühl der Ohnmacht sanft, aber bestimmt neuen Mut entgegensetzt.
Zwischen Musik und Wort klingt und schwingt Weckers Stimme – diese bewegend bewegte Stimme. In jedem einzelnen Ton liegt so viel wahrhaftiges Gefühl und ernstgemeinter, aus dem Herzen kommender Appell. Obwohl Konstantin Wecker nun alles andere als meine Generation ist – sondern vielmehr der Lieblingsmusiker meiner Mutter und Großmutter – musste, konnte, durfte ich beim genaueren Hinhören erkennen, wie viel Anlass ihre Verehrung hat. Er ist ein Meister des ausgesprochen heiklen Drahtseilaktes, tiefe Emotionalität zu zeigen, ohne pathetisch zu werden. Besonders dieses Lied besticht durch seine kunstvolle Schlichtheit und seine eindringliche Wahrhaftigkeit.
Ein Lied für mehr Rückgrat und Zivilcourage. Ein Anstoß, zu lernen, sich selbst treu zu sein und seinem innersten Gespür für das Richtige zu vertrauen. Für den Mut, im Zweifel alleine da zu stehen – mit seiner Meinung, Kritik oder Handlung, seinem Glauben oder seiner zärtlichen Geste der Menschlichkeit.

Wildgerichte, Wein und Widerstand

Portrait Seit Beginn des Gorleben-Protests ist das Lokal „Trebeler Bauernstuben" Zentrum, Anlaufstelle und Wahrzeichen für den Widerstand im Wendland. Seit Anfang der neunziger Jahre ist das der Verdienst von Susanne und Uwe Bartholomäus. Helga Wallat **hat sich die Geschichte der beiden schmecken lassen.**

Besucher der Trebeler Bauernstuben, egal welcher politischen Richtung, können die sichtbaren Zeichen des Gorleben-Widerstands schlecht übersehen: Im Außenbereich zwei riesige Xe , eine Gedenktafel und ein Stein zu den Protesten gegen die Atomanlagen und an der Theke im Lokal die Infobox der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). Das hat eine Geschichte:

Als Susanne und Uwe Anfang der 90er Jahre die Trebeler Bauernstuben, ein bis dahin normales Dorfgasthaus, übernahmen, spielten diese bereits eine Rolle für den Gorleben-Widerstand. Der Vorbesitzer Rudolf Paschke hatte den Gasthofsaal für Versammlungen der BI zur Verfügung gestellt. So erging an die neuen Besitzer die – bange – Frage: Macht Ihr das auch? Können wir hier weiter eine Anlaufstelle haben? Susanne und Uwe kannten die Gorleben-Thematik zwar nur aus der Berliner Ferne, aber sie sagten Ja! Die beiden sahen und sehen bis heute ihre Form der Unterstützung des Widerstands in vielfältigen organisatorischen und logistischen Aktivitäten für die BI: Im Umfeld der Castortransporte waren die Bauernstuben Zentrale für Versammlungen und Pressegespräche. Die BI durfte dann auch schon mal Privatcomputer und Faxgerät benutzen, Verpflegung wurde organisiert. Die beiden waren und sind stolz darauf, dass ihr Lokal für die Präsentation der BI und des Widerstands wahrgenommen wird. Und es ist ihnen wichtig, dass diese Präsentation auch optisch ansprechend ist, nicht nur, wenn hoher Besuch (wie die Minister Fischer und Trittin) ins Haus steht.

Die Aufbauphase nach der Übernahme des Gasthauses hatte durchaus ihre Tücken, auch durch die klare Positionierung für den Widerstand. Das hielt schon mal Gäste fern.

Was den beiden den Einstieg ins Wendland aber erleichtert hat, war die frühzeitige Verbundenheit mit der BI. Erst dadurch fühlten sie sich hier „am richtigen Ort". „Das Schöne ist, wo Altes bleibt und Neues entsteht" – dieser Spruch an einem Deckenbalken in den Trebeler Bauernstuben macht Susannes und Uwes Lebenseinstellung deutlich: Altes pflegen, Neues entdecken – mit diesem Motto lässt sich die Entwicklung ihres Lokals zu einem überregional bekannten Restaurant mit regelmäßigen Kulturveranstaltungen im „Nachtcafé" beschreiben. Es gilt aber auch für ihre Verbundenheit mit dem Gorleben-Widerstand, für den sie bis heute mit Überzeugung ihre Räume zur Verfügung stellen (Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen der BI, zuletzt zum 40-jährigen Bestehen und die Info-Veranstaltung über die archäologische Ausgrabung des legendären Hüttendorfs auf der Bohrstelle 1004). Das Publikum hat sich verändert und erweitert; es reagiert in der Regel aufgeschlossen gegenüber den sichtbaren Gorleben-Bezügen – und wenn nicht, wird auch schon mal mit den Wirtsleuten heftig diskutiert!

Auch in Zukunft werden Susanne und Uwe mit ihren Mitteln den Widerstand unterstützen: In Kooperation mit der BI ist ein Fest für Mitglieder, Begleiter, Unterstützer und Interessierte geplant. Motto: 1004 gute Gründe für ein Fest!

> **Der Widerstand, das ist doch unser Leben**
>
> **Susanne Bartholomäus**

Fotos: PubliXviewinG

Am Dannenberger Amtsberg, eingebettet in ein Meer von Pflanzen und unweit des Schloßgraben-Parkplatzes, steht seit über zehn Jahren ein Denkmal des Castor-Widerstands. Das aus Schienen zusammengefügte X auf einem Geleissegment erinnert an die bereits durch Dannenberger Gebiet gerollten Transporte hochradioaktiven Mülls und weist darauf hin: Nur wenige Kilometer von hier entfernt liegt jene Schienenstrecke, auf der viele Jahre lang die Castoren eintrafen. Nicht weit von hier liegt zudem jene Verladestation, auf dem die strahlende Fracht von der Bahn auf die Straße gebracht wurde. Das Denkmal wurde der Stadt Dannenberg 1996 zum Abschluss der Protestaktion „Frühjahrsputz" übergeben: Nach einer Demonstration durch die Stadt blockierte die Bäuerliche Notgemeinschaft eine Umgehungsstraße. Auf dem Marktplatz konnte derweil das Zersägen der Schiene geübt werden.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e.V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

kulturelle WIDERSTANDSPARTIE

www.bi-luechow-dannenberg.de

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....

Straße..... Hausnummer.....

PLZ, Ort..... E-Mail.....

Datum..... Unterschrift.....

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau" künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR .....

☐ monatlich EUR .....

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow